



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 137, März/1 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen

Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», mit dem Gedankengut und

den Interessen, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit böse mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Glücklich und zufrieden werden ...

von Christian Frehner, Schweiz

Seit 1975, dem Jahr als «Billy» Eduard Albert Meier seine Mission als Kündler der sogenannten Geisteslehre öffentlich machte und zeitgleich die weltweite UFO-Kontroverse auslöste, hat er rund 70 Bücher geschrieben und veröffentlicht, dies nebst unzähligen Artikeln und Hunderten Lektionen für den Geisteslehre-Studienkurs. Unbemerkt vom Gros der irdischen Menschheit ist so nach und nach ein Gesamtwerk erschienen, das alle philosophischen, weltanschaulichen und religiösen Bücher aller Sprachen hinsichtlich Tiefgründigkeit, Realitätsübereinstimmung, Logik und positiver Wirkung usw. um Welten überragt. Diese Einschätzung mag masslos übertrieben, wenn nicht sogar überheblich erscheinen, dürfte aber von all jenen Menschen geteilt werden, die sich bereits etwas in diesen Wissensschatz eingearbeitet haben und in ihrem Innersten die Schwingungen von Wahrheit und Weisheit wahrnehmen und – hoffentlich – empfinden konnten. Vom «Kelch der Wahrheit» über das «OM», den «Arahat Athersata» und «Die Psyche» bis hin zu den bislang 16 erschienenen «Plejadisch-plejarische Kontaktberichte»-Blocks steht den Menschen der Erde inzwischen ein derart umfangreiches Wissensgut zur Verfügung, das, um es gründlich und in allen Facetten und Strängen zu analysieren, zu prüfen und vor allem als gesichertes Wissen in Weisheit zu wandeln, ungeheure Zeiträume erfordert und für alle zukünftigen Generationen stets aktuell bleiben wird.

Bezugnehmend auf das eben Gesagte, ist es mir ein Bedürfnis, auf einen besonders hellstrahlenden Edelstein in der langen Kette funkelnder Buchstaben-Juwelen hinzuweisen, der kürzlich an die Öffent-

lichkeit gelangt ist. Im Dezember 2019 nämlich ist das neuste Werk von Billy erschienen, ein 245seitiges Buch mit dem Titel **«Wenn der Mensch glücklich und zufrieden werden will ...»**. Hatte ich seinerzeit schon bei der Lektüre von «... Kampf den Depressionen» einen starken, aufbauenden «Energiestrom» wahrgenommen, was ich im Nachwort des besagten Buches der Leserschaft zu vermitteln versuchte, so hat sich dieses Erlebnis im aktuellen Buch noch erheblich verstärkt. Bei der Lektüre dieses neusten Werkes von Billy habe ich eine ungeheure Kraft und Energie wahrgenommen, eine Art positiver Sog, ein Energiestrom, der sich von Seite zu Seite aufbaut und verstärkt. Alles ist derart klar, verständlich und folgerichtig (logisch) erklärt, dass sich beim Lesen ein ums andere Mal und praktisch «automatisch» die Erkenntnis herauschält: «Genau so ist es; dies ist die Realität, die Wahrheit!» Eine weitere Wirkung, die sich unweigerlich einstellt – zumindest war's bei mir der Fall –, sind Gedanken über, und ein tiefes Mitgefühl für jene zahllosen Menschen, die vielfach seit ihrer frühen Jugendzeit an unverarbeiteten Übergriffen, Problemen und Komplexen usw. kauen und durch ihre vielfältigen Nöte und Orientierungslosigkeit auf den Stürmen und Unwägbarkeiten des Lebens dahingetrieben werden. Dies gilt auch für unzählige Menschen, die an einschneidenden Geschehnissen in ihrem späteren Leben zerbrechen, weil sie nie gelernt haben – meistens mangels Belehrung –, ihre Gedankenwelt in Ordnung zu halten und die Gesetzmässigkeiten wirksamer Psychepflege anzuwenden. Wohl ist der Wunsch nach Glücklichkeit und Zufriedenheit gegeben, aber weil der Lösungsweg am falschen Ort gesucht, oder die falschen Schritte unternommen werden, bleibt alles unbefriedigend, instabil und nicht dauerhaft, was nicht selten zu einem verkürzten Erdendasein führt.

Was nun? – Für Menschen, die weder glücklich noch zufrieden sind, dies aber grundlegend ändern wollen, steht im «Wassermannzeit-Verlag» der FIGU ab sofort eine hochwirksame «Medizin» bereit, die keinerlei negative Nebenwirkungen verursacht, deren «Packungsbeilage» dieser Bericht hier entspricht, und zu deren Einnahme bzw. Anwendung weder der Rat eines Arztes noch eines Apothekers erforderlich ist, sondern lediglich der klare Willensentscheid des betreffenden unglücklichen und unzufriedenen Menschen, das eigene Leben und dessen Qualität selbst und eigenständig in die Hände zu nehmen und zu bestimmen.

Macht Des Lebens
 Liebe ist die Macht
 Des Lebens; wenn sie
 gepflegt wird, dann
 quellen Würde, Ehre
 und Bescheidenheit,
 wie auch Harmonie,
 Frieden und Freiheit
 daraus hervor.
 SSSC, 13. Juni 2011,
 16.30 h, Billy

Paul Kirchhof in Mission Money: Was die Europäische Zentralbank (EZB) macht, das ist Enteignung

Epoch Times, 24. September 2019 Aktualisiert: 24. September 2019 8:46

In einem kürzlich mit Mission Money geführten Interview erklärt Paul Kirchhof, weshalb unser Finanzsystem einer Zäsur eines Neuaufbruchs bedarf und welche Ansätze er dabei verfolgen würde. Unser derzeitiges Finanzsystem zeige, dass unser Rechtssystem in diesem Bereich nicht funktioniert. Aber das sei Voraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit.

Was die Europäische Zentralbank (EZB) macht, das ist Enteignung, sagte Paul Kirchhof in einem kürzlichen Interview mit Mission Money. Seine Aussage „die Kernidee des Privateigentums wurde abgeschafft“ sei zwar pointiert. Aber dahinter stecke ein grosses Problem. Umverteilungspolitik sei das Geschäft der EZB geworden. Eigentlich solle sie sich nur um Geldwertstabilität kümmern. Dazu gehöre, eine Inflation zu verhindern und Geld ertragsfähig zu machen. Keinesfalls dürfe die EZB ihren Fehler, lockeres Geld, mit einem weiteren Fehler, kein Zins, kompensieren – also Unrecht mit Unrecht kompensieren.

EZB organisiert Inflation

Aber tatsächlich Sorge die EZB geradezu für steigende Aktien- und Immobilienpreise und organisiere damit geradezu eine Inflation. Eine normalverdienende Familie könne sich heutzutage schon kein Grundstück mehr in der Grossstadt leisten. Da entstünden richtige Verwerfungen.

Aber das jahrelange Vertrauen der Sparer, dass das Kapital Zins erwirtschaftete, werde einfach weggeblasen. Gäbe es eine öffentliche Debatte dazu, würden die Abgeordneten auf ihren Wähler hören und sagen: „Nein, jedes Kapital soll ertragsfähig sein.“



Enteignung muss entschädigt werden

Was die EZB macht, sei eindeutig eine Enteignung – sagt Kirchhof. Und das sei dann ein Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Eigentumsfreiheit. Diese Freiheit bedeute: Man solle sein Geld so anlegen können, dass es theoretisch einen Ertrag bringen kann. Natürlich sei nicht garantiert, dass man einen bestimmten Betrag bekomme. Das bestimme der Markt. Zumindest aber müsse die Chance bestehen, Erträge erzielen zu können. Das gehe hier aber nicht mehr, weil der Zins abgeschafft sei.

Das sei wie bei einem Kaufhaus. Wenn die Türen offen seien, könnten Käufer kommen und etwas kaufen. Es ist nicht sicher, dass sie etwas kaufen. Aber sie könnten. Wenn man aber dessen Türen versperre, sei das Enteignung und damit ein Verstoß gegen das Grundrecht der Eigentumsfreiheit.

Und Enteignung muss nach unserem Recht entschädigt werden. Und das ist der Zins, den es aber nicht mehr gibt, betont der Staats- und Verfassungsrechtler.

Grundproblem ist horrende Überschuldung vieler Staaten

Hätten alle Staaten die rechtlich gesetzte Schuldengrenze eingehalten, hätten wir heute kein Problem. Die Schuldengrenze ist im *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union* geregelt, was einer der Gründungsverträge der Europäischen Union ist.

Die Regelung sei einfach und verständlich. Nämlich: „Verschuldungsgrenze für jeden Staat in der Gesamtsumme 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.“ Und das sei gesetztes Recht. Kirchhof betont: „Wir wissen was 60 ist, wir wissen was Prozent ist, wir wissen, was Bruttoinlandsprodukt ist.“ Heute aber gebe es dennoch Länder mit Schulden von weit über 100 Prozent. Zum Beispiel Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich.

Wirklich erklären kann Kirchhof es sich nur dadurch, dass sich die Schulden nach und nach angeschlichen haben. Die meisten Staaten seien heute von den 60 Prozent entfernt und steuern auch nicht darauf zu. Die Politik führe zu einem dramatischen Kreislauf. Wer ohne Anstrengung Geld bekomme, sei der Meinung, er bekomme zu wenig. Nachdem er das Geld unter Auflagen erhalten habe, bestreite er, dass er die Auflagen erfüllen müsse und beschimpfe sogar den Geldgeber. Sodann kämpfe er gegen das Recht, um die Auflagen nicht erfüllen zu müssen. So zum Beispiel Griechenland.

Demokratie im Kern wird eingeschränkt

Durch die zunehmende Verschuldung würden die Staaten zunehmend vom Finanzmarkt abhängig. Und das greife in die Demokratie ein. Hoch verschuldete Staaten müssten regelmässig die Altschulden verlängern und neue Kreditgeber finden. Normalerweise gehe es im Kreditgespräch um den Zins. Den gebe es ja aber nicht mehr. Müsse man doch teilweise jetzt sogar schon draufzahlen. Er vermutet, dass es in Kreditgesprächen künftig um Politik geht. Statt nach dem Zins könnte gefragt werden: „Welche Politik betreiben sie im Arbeitsrecht, im Umweltrecht, im Sozialrecht.“

Kirchhof sieht dadurch die Demokratie eingeschränkt. So verschiebe der hoch verschuldete Staat seine politische Verantwortung auf den Finanzmarkt. Ein demokratischer Wähler verlasse sich auf den Bundestag und dieser orientiere sich am Wähler. Aber jetzt richte sich die Aufmerksamkeit des Staates auf den Finanzmarkt. Dann, so Kirchhof, ist die Bezugsgrösse der Politik eine ganz andere, nämlich eine „anony-

me Grösse eines Marktes, die wir definieren können, die wir aber politisch nicht zur Verantwortung ziehen können“.

Die EZB verstösst gegen Generationenvertrag

Der heutigen jungen Generation werde ausserdem zu viel aufgebürdet. Sie seien künftig ohnehin schon durch steigende Rentenzahlungen für die ältere Generation belastet. Diese würden ja nicht aus einem Kapitalstock, sondern durch Beitragszahler finanziert. Zu wenig junge Beitragszahler müssen für zu viele Rentner zahlen. „Das ist schon eine Zumutung“, sagt Kirchhof.

Aber dazu kämen noch immense Staatsschulden. Man dürfe ja annehmen, dass die Schulden irgendwann getilgt werden sollen.

Derzeitige Finanzpolitik geht gegen Recht und Frieden

Kirchhof mahnt, dass eine Umverteilungspolitik dieser Art auf Dauer nicht funktionieren kann. Den Zusammenbruch einer Bank oder eines Staates könne man zwar für kurze Zeit aufschieben. Aber nur durch Neuverschuldung. Das mache alles noch schlimmer. Sollte das so weitergehen, „müssen bestimmte Hauptkandidaten einfach scheitern. Die europäische Union kann sie nicht auffangen“, sagt Kirchhof.

Kirchhof hält es für ein „unglaubliches Problem“, dass die Rechtssicherheit als Garantie für Frieden verloren gegangen ist. Die wirtschaftlichen Regeln des Marktes und des Geldes würden vom Recht tangiert und die müssen funktionieren. Die Hinwegsetzung über die Schuldengrenze zeigt, dass das Recht einfach missachtet werde, so Kirchhof weiter.

Zäsur des Neuaufbruchs

Eigentlich merken die Menschen doch, dass diese Hochverschuldungspolitik nicht zum Ziel führt, sagt Kirchhof. Wenn es klappt, die „Schuldenlawine“ zu beenden, sei eine andere Geldpolitik durchaus denkbar. Mit der Verschuldenswirtschaft müsse aber Schluss sein. Es bedarf jetzt einer „Zäsur eines Neuaufbruchs“. Auch Deutschland solle für ein Ende des Systems eintreten.

Wir müssen uns jetzt von der Droge entwöhnen, an die sich alle gewöhnt haben (...). Das ist eine Zensur. (...) Keine Neuverschuldung, sagt Kirchhof.

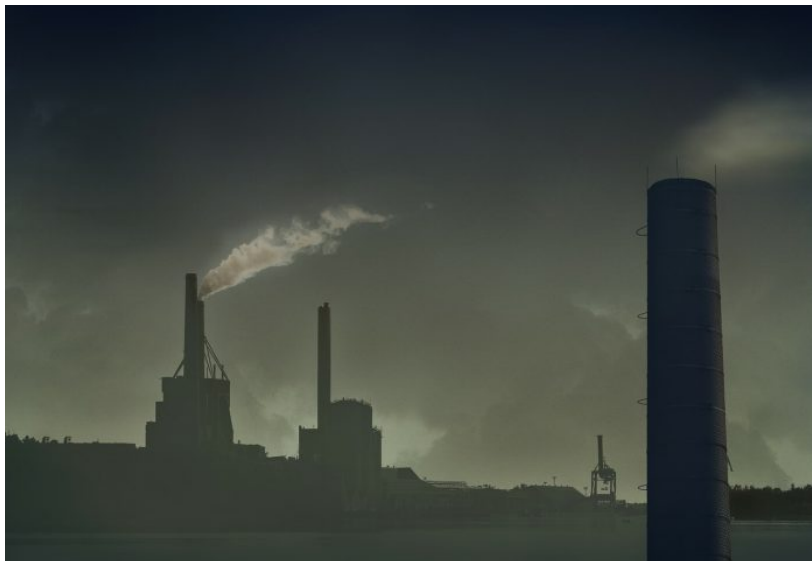
Und die Staaten dürften nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen. Das müsse wie eine Bilanz beim ordentlichen Unternehmen aufgehen. Er betont, dass es doch Grundprinzip wirtschaftlichen Denkens ist, zu rechnen, ob man sich einen Kredit leisten kann. Wenn sich ein Privatmann ein neues Auto kauft, rechne er sich doch auch ganz genau aus, ob er es sich leisten kann und auf was er verzichten muss.

Bundesverfassungsgericht wird sich in diesem Jahr noch zu EZB-Anleihekäufen äussern

Aktuell ist ein Verfahren vor dem [Bundesverfassungsgericht](#) anhängig. Darin geht es um grundlegende Aussagen zu Anleihekäufen der EZB. Kirchhof erwartet noch in diesem Jahr ein Urteil. (bm)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/wirtschaft/finanz/paul-kirchhof-in-mission-money-was-die-europaeische-zentralbank-ezb-macht-das-ist-enteignung-a3011601.html>

Tanz auf dem Vulkan



Luftverschmutzung (Beispielbild)

Die Zeit läuft ab: In den nächsten zehn Jahren müssen die immer weiter steigenden CO₂-Emissionen halbiert werden, sonst lässt sich der Klimawandel nicht mehr im Zaum halten. Währenddessen kapituliert

die internationale Klimapolitik vor der Macht der Energie- und Agrarindustrie, und Deutschland frönt weiterhin der Verbrennung von Braunkohle.

Von STEFAN KREUTZBERGER | Veröffentlicht am 12.09.2019 um 11:00 in: Umwelt

Die Erde ist wohl eine Scheibe ...

Es reicht langsam, wie offensichtlich Verrückte, skrupellose rechtspopulistische Staatslenker und mafiöse Firmenbosse aus Profitgier den Klimawandel leugnen und unseren Planeten, so wie wir ihn kennen, an den Rand des Abgrundes manövrieren. Dass die grosse Koalition unsere grössten Dreckschleudern, die Braunkohlekraftwerke, erst im Jahr 2038 abschalten will und nach wie vor die betrügerischen Autokonzerne hofiert, überrascht dann auch nicht mehr. (Verzeihung, das musste jetzt raus, bevor man sich stoisch den erschreckenden Fakten zuwendet.)

In unserem Zeitalter, dem sogenannten Anthropozän – jener Epoche, in der der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren für die biologischen und klimatischen Prozesse der Erde geworden ist –, sind drei von neun planetarischen Grenzen bereits irreversibel überschritten: die des Klimawandels, die des Verlustes der biologischen Vielfalt und die des Stickstoffeintrages in die Biosphäre. Bald erreicht sind die Grenzen ebenso bei der Versauerung der Ozeane, beim Phosphoreintrag und bei der Veränderung der Landnutzung. In den Bereichen globale Süsswassernutzung und Abbau der stratosphärischen Ozonschicht wird es auch nicht mehr allzu lange dauern. Der Mensch ist durch die Verbrennung fossiler Energieträger der entscheidende Verursacher der globalen Erwärmung. Diese hat insbesondere in den letzten 35 Jahren rapide zugenommen, und die Lage spitzt sich immer weiter zu. Die Jahre 2015 bis 2018 waren bisher die mit Abstand wärmsten seit Beginn der Temperaturaufzeichnung im 19. Jahrhundert. Für alle spürbar kommt es immer häufiger zu extremen Wetterereignissen wie Starkniederschlägen, heftigen Stürmen, Hochwasser, Dürren und aussergewöhnlich langen Hitzeperioden mit Spitzentemperaturen von bis zu 50 Grad, wie zuletzt in Australien.

Gebirgsgletscher ziehen sich zurück, das Meereis der Arktis und die nordpolare Schneedecke schmelzen in bislang nicht für möglich gehaltenem Tempo. Der Meeresspiegel steigt stetig um drei Millimeter pro Jahr, das Wasser der Ozeane erwärmt sich und versauert, da die Meere zu einem Teil das emittierte Kohlendioxid wieder aufnehmen. Die Konzentration der Klimagase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O, Lachgas) in unserer Atmosphäre ist so hoch wie seit 800 000 Jahren nicht mehr. Da diese Gase unterschiedlich stark auf den Treibhauseffekt wirken, aber auch in ganz unterschiedlichen Mengen emittiert werden, spricht man (in Relation) zusammengefasst von Gigatonnen CO₂-Äquivalenten (Gt CO₂-eq). Im Jahr 2010 wurden beispielsweise weltweit 49 000 000 000 (49 Milliarden) Tonnen CO₂-eq freigesetzt, die sich folgendermassen auf die Wirtschaftssektoren verteilten: 32 Prozent Industrie, 24,9 Prozent Landwirtschaft und Forste, 18,4 Prozent Gebäude, 14,3 Prozent Verkehr und 11 Prozent auf weitere Formen der Energienutzung.

In den zurückliegenden 500 Millionen Jahren gab es bereits vier Warmphasen mit sehr stark erhöhten CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre – das weiss man aus Bohrkernanalysen im Polareis. Aber niemals ist der Treibhauseffekt so schnell vorangeschritten wie jetzt. Die Vulkanausbrüche des Perm, also vor etwa 300 bis 250 Millionen Jahren, führten zwar zu gigantischen CO₂-Einträgen und zu einem grossen Artensterben, aber der atmosphärische Konzentrationsanstieg lag bei einem Zehntel des gegenwärtigen Tempos. Der Anteil von CO₂ belief sich vor zweihundert Jahren auf 275 pro Million (ppm – Parts per Million), heute sind es bereits 405 ppm. Jedes Jahr kommen nun weitere 2 ppm hinzu, wobei eine Konzentration von 350 ppm als gerade noch verträgliche Höchstgrenze gilt. Eine notwendige Begrenzung der weiteren Erwärmung auf maximal 2 Grad in den nächsten achtzig Jahren kann mit fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit nur noch erreicht werden, wenn bis zum Jahr 2050 insgesamt ein Drittel des noch vorhandenen Öls, die Hälfte des Erdgases und mehr als 80 Prozent der Kohle im Boden bleiben. Ab dann muss vollständig Schluss sein mit diesen Emissionen, und die benötigte Energie darf nur noch aus Sonne, Wind und Wasser erzeugt werden. Werden die fossilen Ressourcen allerdings weiterhin in dem bisherigen Trend verfeuert, wird das Erdklima bis zum Jahr 2100 um 4 Grad steigen. Das kann kein Mensch ernsthaft wollen, denn dies würden 80 bis 90 Prozent der Weltbevölkerung ebenso wie die uns bekannte Fauna und Flora nicht überleben, schätzt selbst die Weltbank.

Klimasünder Deutschland

Nach aktuellen Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) sind die deutschen Treibhausgasemissionen zwischen den Jahren 1990 und 2017 um 28 Prozent gesunken. Das ist positiv, reicht aber bei Weitem nicht aus. Deutschlands Treibhausgasemissionen müssen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber den Emissionen von 1990 sinken, bis 2040 um 70 Prozent. Im Jahr 2050 soll dann weitgehende Treibhausgasneutralität erreicht sein. Das UBA betont ausdrücklich, dass ohne massive und rasche zusätzliche Anstrengungen die gesetzten Ziele definitiv nicht erreicht werden. Während der Energiesektor durch den mittlerweile erfolgten Ausstieg aus der Steinkohle und die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energieträger die Emissionen deutlich reduzieren konnte, läuft

der Verkehrssektor in eine völlig falsche Richtung: Er liegt mittlerweile sogar zwei Prozentpunkte über den Emissionen von 1990. Aber auch in der deutschen Metall- und Zementindustrie stiegen im Jahr 2017 die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent.

Doch es geht noch schlimmer: Der World Wide Fund For Nature (WWF) und die Brancheninitiative Erdgas haben die insgesamt noch erlaubten Emissionen im Rahmen der Klimaschutzziele von Paris auf nationale Jahresbudgets umgerechnet und kamen zu einem ganz anderen Schluss als das Umweltbundesamt: Demnach hatte Deutschland bereits Ende März 2018 sein CO₂-Budget für das gesamte Jahr aufgebraucht und somit viermal so viele klimaschädliche Gase ausgestossen, wie es rechnerisch vertretbar gewesen wäre. Da das Pariser Abkommen von 2015 nur weltweite Minderungen in einem längeren Zeitraum berücksichtigt, gibt es keine verbindlichen Vorgaben, wie viel pro Staat und Jahr eingespart werden muss – dies liegt allein im Ermessen der einzelnen Länder.

In dem Mitte November 2016 vom Bundeskabinett beschlossenen «Klimaschutzplan 2050 der deutschen Bundesregierung» wurden entsprechend den Pariser Vorgaben nationale und sektorale Minderungsziele bestimmt, die bis zum Jahr 2050 zu einer Reduktion von 90 bis 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 führen sollen. Aber bereits das erste Ziel für 2020 wird aller Voraussicht nach nicht erreicht und um 8 Prozent überschritten werden.

Anfang Februar 2019 stellte Bundesumweltministerin Svenja Schulze dann den zuvor im Koalitionsvertrag vereinbarten Entwurf zu einem ersten deutschen Klimaschutzgesetz vor, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Dies wäre ein wichtiger Meilenstein und wohl auch die letzte Chance, die Umsetzung der versprochenen nationalen Klimaziele noch in Angriff zu nehmen. Der Entwurf sieht für die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Gebäude jeweils eigene konkrete Emissionsbudgets vor. Die jeweils zuständigen Ministerien sind dann selbst dafür verantwortlich, dass die einmal festgesetzten Vorgaben fristgerecht eingehalten werden. Damit greift die Umweltministerin stark in die Hoheit der anderen Ministerien ein; gross ist daher auch das Wutgeheul. Die Klimaignoranten im Verkehrswesen und in der Gebäudewirtschaft müssten endlich anfangen, ernsthaft CO₂ einzusparen. Die taz kommentierte diesen mutigen Vorstoss der bislang wenig erfolgreichen Ministerin treffend: «Sie hat alles auf Rot gesetzt. (...) Für Schulze ist das der einzige Weg, aber er ist hochriskant: Wenn das Klimagesetz in der jetzigen Form kommt, ist sie die erfolgreichste Umweltministerin seit langem. Wenn es verhindert oder gestutzt wird, muss sie zurücktreten.»

Das Ringen um konkrete klimafreundliche Schritte ist in Deutschland anscheinend ausgesprochen schwierig, und es besteht die regelmässige Gefahr, von der Energielobby eiskalt über den Tisch gezogen zu werden. Aktuelles Beispiel sind die Verhandlungen über die Zukunft der Kohleindustrie und den Erhalt des letzten Restes des symbolträchtigen Hambacher Forstes: Insgesamt werden in Deutschland derzeit 45 Gigawatt Strom durch Kohlekraftwerke erzeugt, das entspricht rund einem Drittel der bundesweiten Einspeisung. Seit Mitte vergangenen Jahres arbeitete die von der Bundesregierung nur beratend eingesetzte Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (Kohlekommission) an einem Plan für einen künftigen Kohleausstieg. Am 26.01.2019 veröffentlichte das 28-köpfige Gremium, dem Vertreter aus Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbänden wie Greenpeace und BUND und der Wissenschaft angehörten, mit nur einer Gegenstimme seinen Abschlussbericht. Darin schlägt es vor, bis zum Jahr 2038 die Stromgewinnung aus Kohle zu beenden. Bis zum Jahr 2022 sollen Anlagen mit einer Leistung von über 12 Gigawatt abgeschaltet werden, was rund 24 grösseren Kohleblöcken entspricht. Das sind 3 Gigawatt Braunkohle mehr, als bisher bereits vorgesehen waren. Im Jahr 2030 sollen dann noch höchstens 9 Gigawatt Braunkohle und 8 Gigawatt Steinkohle am Netz sein. In dem 336 Seiten umfassenden Bericht der Kommission geht es aber freilich nicht nur um CO₂-Emissionen, sondern vor allem auch um Entschädigungszahlungen und Kompensationsprojekte. Welcher Geist offensichtlich dahintersteckt, beschreibt Jörg Sommer von der Deutschen Umweltstiftung in einem kommentierenden Beitrag: Er zählte ganze 149 Mal das Wort «Wachstum», davon 128 Mal in direktem Zusammenhang mit «Wohlstand» und/oder «Innovation» – und dies immer positiv, nie kritisch. Kein einziges Mal finden sich hingegen die Wörter «Suffizienz», «Anthropozän» oder «Verzicht». Sommer spricht daher von einem klaren Sieg der Lobbyisten und einem unübersehbaren Versagen der Kommission in ihrer Gesamtheit, womit er auch die Umweltverbände sowie die ansonsten kritischen Wissenschaftler meint. Er bringt das Problem auf den Punkt, wenn er schreibt: «Wer Wachstum als Voraussetzung für Wohlstand sieht, der sieht Umwelt- und Klimaschutz als Wohlstandsgefährdung. Dieses Denken ist nicht nur überholt, sondern Wurzel allen Übels.» Und weiter: «Wer sich ans Wachstumsmantra klammert, kann die globalen Probleme nicht lösen.» Man solle daher «zuerst darüber nachdenken, wie (man) weiteres Wachstum wirkungsvoll verhindern kann». Wir stünden also gerade vor den Alternativen: Wachstum oder Wohlstand?

Klimaforscher warnen

Der Trend weiter steigender Emissionen macht sich weltweit bemerkbar: Für das Jahr 2018 rechnen Klimaexperten mit einem globalen Anstieg der Emissionen um 2,7 Prozent. Der neue Leiter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Johan Rockström, macht sich deshalb grosse Sorgen und zweifelt an

der Wirksamkeit der 24 zurückliegenden internationalen Klimakonferenzen. Er mahnt: «Wir alle müssen jetzt aufhören herumzutrippeln; wir müssen unsere Schritte beschleunigen.» Das wäre auch dringend nötig, da sich das Zeitfenster für einen kalkulierbaren und noch beherrschbaren Klimawandel in den nächsten zehn Jahren immer weiter schliesst. «Wie auch immer wir die Daten hin und her wenden, wir haben nur ein Jahrzehnt, um die CO₂-Wende zu schaffen und die Menschen noch vor den grössten Risiken des Klimawandels zu schützen», warnt Rockström. Es ist nach Ansicht der meisten Klimaforscher eben nicht so, dass Temperaturerhöhungen und der Anstieg des Meeresspiegels schrittweise eintreten werden. Es wird keinen sanften und allmählichen Übergang zu einer angenehm wärmeren Welt geben. Im Gegenteil: Auch geringfügige Veränderungen nur eines Klimatelements und das Überschreiten von Schwellenwerten können abrupt völlig unvorhersehbare und irreversible Folgen nach sich ziehen. Wo diese «Kippunkte» genau liegen, kann heute kein Mensch sagen, nur vermuten.

Klar ist aber, dass sich dann eine Eigendynamik in Gang setzt, die nicht mehr zu stoppen sein wird, auch wenn wir unsere Emissionen sofort auf null senken würden. Die American Association for the Advancement of Science fasste diese Erkenntnis bereits im Jahr 2014 in folgendem Bild zusammen: «Das wäre so, als würde eine Bremse einrasten und die Lenkung blockieren, so dass wir das Problem und seine Folgen nicht mehr unter Kontrolle haben.» Daher ist das Ringen um ein paar Prozentpunkte so entscheidend wichtig: Ob sich die Atmosphäre um 1,5 Grad, um 2 Grad oder sogar um 3, 4 oder noch mehr Grad erwärmt, ist ein himmelweiter Unterschied. In seinem Sonderbericht vom Oktober 2018 schreibt der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen besser bekannt als Weltklimarat), dass jedes Zehntel Grad zählt und eine Begrenzung auf 2 Grad viel gefährlicher sei, als noch bei der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens angenommen. Wenn sich die Atmosphäre «nur» um 1,5 Grad statt um 2 Grad erwärmen würde, so prophezeit der IPCC, würden nur halb so viele Menschen unter Wassermangel leiden, nur halb so viele Wirbeltiere und Pflanzen den Grossteil ihres Lebensraumes verlieren und deutlich weniger Menschen an Hitze, Smog und Infektionskrankheiten sterben. Es könnte dann noch verhindert werden, dass die Eisdecke der Polkappen in eine unaufhaltsame Schmelze gerät, und die Korallenriffe könnten vor dem endgültigen Absterben bewahrt werden. Auch gäbe es auf der Welt wohl 2 Millionen Klimaflüchtige weniger. Der IPCC forderte daher «schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen». Auf dem Klimagipfel in Katowice zwei Monate später führte dieser Appell übrigens zu hitzigen Diskussionen. Die Länder USA, Russland, Saudi-Arabien und Kuwait hatten es im Abschlussdokument abgelehnt, dass der Gipfel den IPCC-Report «begrüsst». Stattdessen wurde er in dem Kommuniqué lediglich «zur Kenntnis genommen».

Der Klimaforscher Mojib Latif vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel kommentierte die eindringliche Warnung des Weltklimarates mit Besorgnis: «Der Bericht heisst übersetzt, dass es bisher de facto gar keinen Klimaschutz gegeben hat. Das kann man auch daran ablesen: Seit sich die Weltpolitik dem Thema Klima widmet – seit Beginn der 1990er Jahre –, sind die weltweiten CO₂-Emissionen förmlich explodiert. Sie sind um über 60 Prozent gestiegen.» Auf die Frage, ob wir das 1,5-Grad-Ziel noch halten können, meint Latif nüchtern. «Im Moment sind wir selbst bei optimistischer Bewertung der gegenwärtigen politischen Massnahmen auf dem Weg in eine «Über-drei-Grad-Welt.»

Wer sind die Hauptverursacher?

Ein in der Klimapolitik gern strapaziertes Paradigma besagt, dass sich der CO₂-Fussabdruck von asiatischen Industrienationen und anderen Schwellenländern im letzten Jahrzehnt so stark erhöht habe, dass die alten Industrieländer prozentual gesehen gar nicht mehr entscheidend zum Klimawandel beitragen könnten. Betrachtet man nur eine Momentaufnahme, scheint das auch durchaus schlüssig: Im Jahr 2012 waren die USA nur noch für 13,9 Prozent der weltweiten jährlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich, die 28 Staaten der EU zu 9,7 Prozent. Den höchsten Anteil hatte China mit 25,3 Prozent, gefolgt von Indien, Russland, Indonesien, Japan und Brasilien. Die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) trugen derweil nur knapp 3,6 Prozent zu den Emissionen bei. Eine solche Betrachtungsweise ist aber täuschend und lenkt bewusst von den wahren Ursachen und Verursachern ab. Zunächst ist Kohlendioxid ein extrem lang wirkendes Klimagas – über Hunderte von Jahren. Eine seriöse Einschätzung der Wirkung auf die heutige und zukünftige Klimakrise kann man daher nur treffen, wenn man alle menschengemachten Treibhausgase seit der Industrialisierung kumuliert und zusammenrechnet. Die historischen Emissionen aus den Jahren 1850 bis 2012 gingen demnach zu rund 27 Prozent auf das Konto der USA und zu 11 Prozent auf das von China. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich, wenn man statt abstrakter Staatsvergleiche die Pro-Kopf-Emissionen heranzieht. Sie verdeutlichen die unterschiedlichen Auswirkungen der verschiedenen Lebensstile: Hier liegen die USA (2012) mit 16,2 Tonnen pro Kopf nach wie vor weit vorne, der Verbrauch ist mehr als doppelt so hoch wie in der EU und im bevölkerungsreichen China, das allerdings spätestens seit 2002 rapide aufholt. Doch eine Betrachtung der durchschnittlichen individuellen Emissionen verschleiern die enormen Unterschiede zwischen Arm und Reich. Es gibt eben nicht nur deutliche Ungleichgewichte zwischen Industrienationen, Schwellenländern und LDCs, sondern auch zwischen den individuellen CO₂-Fussabdrücken der Menschen in den Staaten selbst.

Eine Studie von Oxfam aus dem Jahre 2015 besagt, dass letztlich rund 64 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf den persönlichen Konsum zurückgehen. Die restlichen 36 Prozent sind Konsumprozesse von Regierungen in den Bereichen Bauwesen, Infrastruktur, internationaler Verkehr und Militär. Der Grossteil aller gekauften Produkte wird mithilfe fossiler Energieträger hergestellt und in Umlauf gebracht sowie früher oder später entsorgt. Damit ist nahezu jeder Einsatz von Arbeitskraft in irgendeiner Form mit der Produktion von Treibhausgasen verbunden. Ausgehend davon unterscheiden die Autoren des hervorragenden Hintergrundpapiers «Globale Klimakrise» von Germanwatch zwischen der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse für ein gutes Leben und einer ausgeprägten Konsumkultur. Es sei zu differenzieren und unterschiedlich zu werten zwischen «Luxusemissionen» und «Überlebensemissionen», beispielsweise von asiatischen Reisbauern. Sie kommen zu dem Schluss, dass die reichsten 10 Prozent für fast die Hälfte aller konsumbezogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, weitere 40 Prozent von einer wachsenden globalen Mittelschicht verursacht werden und die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung lediglich etwa 10 Prozent beisteuern. Letztere leben vor allem in den unter dem Klimawandel besonders leidenden Regionen Afrikas und Asiens. Das Fazit: Die Superreichen und die auf der Gewinnerseite der Globalisierung stehende Hälfte der Weltbevölkerung verfeuern die fossilen Ressourcen unseres Planeten auf Kosten der armen Hälfte und unserer aller Zukunft. Zur Ehrenrettung eines überwiegenden Teils der globalen Mittelklasse sollte aber auch hier differenziert werden, denn es herrschen erhebliche Reichtumsunterschiede: Die Vereinten Nationen subsumieren unter «Mittelklasse» alle Menschen, die ein tägliches Einkommen oder tägliche Ausgaben zwischen zehn und einhundert US-Dollar haben.

Konzerne sind die grössten Klimakiller

Wenn von Klimawandel die Rede ist, individualisiert man gerne und zeigt auf SUV-Fahrer, Trockschleuderer und Luxuskreuzfahrer. Diese überflüssige Lebensweise ist aber nichts im Vergleich zu den wahren Luftverpesterern. Das Geschäftsmodell vieler Grosskonzerne basiert gerade auf klimaschädlichen Praktiken und Produktionsprozessen, für deren Folgekosten sie aber nicht aufkommen wollen. Siebürden den Schaden der Allgemeinheit und der ökologischen Mitwelt auf. Die Abfallprodukte werden quasi in die Atmosphäre gekippt. Eine Studie von Richard Heede aus dem Jahr 2014 listet auf, wer diese neuen Dinosaurier des seinem Ende entgegentaumelnden Carbonzeitalters sind: fünfzig privatwirtschaftliche Konzerne, 31 Staatskonzerne und neun zentralistische Staaten, die selbst als Produzenten auftreten oder traten. Der Leiter des Climate Accountability Institute in Colorado untersuchte dazu die «Carbon Majors», die zwischen 1854 und 2010 für die meisten CO₂- und Methanemissionen auf der Welt verantwortlich waren. Bis auf sieben Unternehmen, die Zement herstellen, sind alle Öl-, Gas- und Kohleunternehmen. Zusammen produzierten sie ungefähr zwei Drittel der anthropogenen Treibhausgasemissionen im genannten Zeitraum. In den letzten Jahren ist ihre Treibhausgasproduktion unverändert geblieben – dabei hätte sie jährlich um 3 Prozent sinken müssen, um im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Die sechs grössten Emittenten dieses Clubs der neunzig mit allein 16,72 Prozent heissen der Reihe nach: Chevron (USA), Exxon-Mobil (USA), Saudi Aramco (Saudi-Arabien), BP (UK), Gazprom (Russland) und Royal Dutch/Shell (Niederlande). Zum Vergleich: Der deutsche RWE-Konzern und seine Vorgängerunternehmen haben zu 0,47 Prozent auf das Klima eingewirkt – auch nicht schlecht, aber noch nicht ausreichend für die Top 20.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Agrarindustrie, die viel zu selten im Fokus der Klimabetrachtungen steht, obwohl die Vereinten Nationen davon ausgehen, dass die Viehwirtschaft für knapp 15 Prozent des Problems verantwortlich ist. Die fünf grössten Fleisch- und Milchkonzerne kommen zusammen auf einen höheren Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase als die grössten Ölmultis. Allem Anschein nach haben sie auch jahrelang ihre Ökobilanzen geschönt und falsche Angaben gemacht. Eine neue Studie der Umweltorganisation Grain und des agrarkritischen Institute for Agriculture and Trade Policy belegt dies. Die Gutachter haben nach Angaben der taz die direkten Emissionen aus Molkereien und Schlachthöfen der 35 weltgrössten Agrarunternehmen analysiert und darüber hinaus geschätzt, welche Emissionen zusätzlich durch die Aufzucht der Tiere, Landnutzungsänderungen, den Methanausstoss und die Gülleproduktion entstehen. Diese meist verschwiegenen Klimaposten der Lieferkette unserer Steaks und Schnitzel machen bis zu 90 Prozent der Klimabilanz aus. Der weltweite Fleischkonsum ist damit ein wesentlicher Faktor der Klimakatastrophe und muss, nicht zuletzt auch aus gesundheitlichen Gründen, mindestens um die Hälfte reduziert werden. Statistisch werden pro Kopf heute 37 Kilo Fleisch weltweit verzehrt, im Jahr 2030 sollen es schon 48 Kilo sein. Der Verbrauch müsste aber sofort auf 16 Kilo sinken, wenn die Klimaziele von Paris noch erreicht werden sollen.

Systematische Täuschung und Verschleppung

Welchen Einfluss die Energiegiganten auf die öffentliche Meinung ausüben, beschreibt der amerikanische Klimaaktivist Bill McKibben am Beispiel des weltgrössten Ölkonzerns Exxon. 10 McKibben wirft Exxon systematische Täuschung aus Profitgründen sowie die Blockade und Verschleppung notwendiger Verän-

derungen vor. Die Strategie der Vernebelung der öffentlichen Sicht auf die Klimaforschung hat sich in den USA als äusserst wirksam erwiesen: Noch im Jahr 2017 war fast 90 Prozent der US-Amerikaner nicht bekannt, dass über die Erderwärmung längst ein wissenschaftlicher Konsens bestand. Bei Presserecherchen im Jahr 2015 kam heraus, dass Exxon bereits seit vierzig Jahren wusste, dass seine Produkte zum Klimawandel beitragen, und das Unternehmen hierzu auch jahrelange Studien betrieben hatte. McKibben ist der Überzeugung, «hätten Exxon und andere Ölkonzerne ihr Wissen an die Öffentlichkeit weitergegeben, würde die Erdgeschichte heute ganz anders aussehen: Der Klimawandel wäre als Problem wohl nicht gelöst, aber die Krise würde höchstwahrscheinlich schon abklingen.»

Im Oktober 1997, zwei Monate vor Beginn des Kyoto-Gipfels, trat der World Petroleum Congress in Peking zusammen. Exxon-Vorstandschef Lee Raymond, der selbst vorher die Forschungsabteilung geleitet hatte, behauptete in seiner Rede wider besseres Wissen, dass sich die Erde faktisch abkühle: Der Gedanke, die Reduktion fossiler Brennstoffabgase könne sich positiv auf das Klima auswirken, widerspreche dem gesunden Menschenverstand. Nachdem sich im Dezember 1997 in Kyoto die Industriestaaten dennoch auf ein erstes Klimaschutzabkommen verständigt hatten, drängte die Erdöllobby in den USA jahrelang auf den politischen Boykott jeglicher Klimaverantwortung. Neun Tage nach der Amtseinführung von George W. Bush besuchte Raymond Ende Januar 2001 seinen alten Freund Dick Cheney, der gerade US-Vizepräsident geworden war. Kurz zuvor war dieser noch Vorstandsvorsitzender des Öldienstleisters Halliburton gewesen. Cheney forcierte nach dem 11. September den Angriffskrieg auf den Irak und sicherte seinem ehemaligen Arbeitgeber Milliardenengeschäfte mit den dortigen Ölquellen. Nach dem Treffen mit Raymond brachte er Bush von seinem Wahlversprechen ab, Kohlenstoffdioxid als Luftschadstoff einzustufen. Raymonds Nachfolger bei Exxon war Rex Tillerson, der unter Trump kurze Zeit als Aussenminister fungierte. Auf seiner letzten Hauptversammlung als Konzernchef im Jahr 2016 sagte er zynisch: «Die Welt wird weiterhin fossile Treibstoffe nutzen müssen, ob ihr das gefällt oder nicht.» Mitte 2017 kündigte Donald Trump den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen an, und im Februar 2018 teilte US-Energieminister Rick Perry schliesslich mit, die USA würden ihre Kohlenstoffemissionen bis zum Jahr 2050 nicht senken. Wenn dies wirklich so geschieht, dann brauchen die USA allein das gesamte weltweit noch verbleibende Kohlenstoffbudget auf, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Nach Ansicht von McKibben steht fest, «dass uns die Kampagne der Konzerne um die Bemühungen einer ganzen Generation gebracht hat, die im Kampf gegen den Klimawandel vielleicht den Ausschlag hätte geben können».

Der neue übergreifende Generationskonflikt

Seit Ende letzten Jahres erhebt sich überraschend ein weltweiter Jugendprotest mit regelmässigen Schulstreiks und Demonstrationen gegen die Klimakatastrophe. Ins Leben gerufen hat die Bewegung «Fridays for Future» die 16-jährige Schülerin Greta Thunberg aus Schweden, und Hunderttausende Schülerinnen, Schüler und Studierende machen mit, auch in Deutschland. Sogar ein Motivwagen im Düsseldorfer Karneval war ihr gewidmet: Zwischen Daumen und Zeigefinger hält Greta die Elterngeneration am Ohr, die in dieser erniedrigenden Situation nicht gerade fröhlich aussieht. Haben wir es mit einer neuen Jugend- und Studierendenrevolte zu tun, möglicherweise mit einer Renaissance der 68er-Bewegung? Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie von der Uni Giessen sieht bei aller Sympathie doch Unterschiede: «Damals waren die Ansprüche, sozusagen die gesamte Welt zu verändern. Heute sind die Ansprüche, die Welt zu retten, so wie sie ist. Damals hatte man sehr viel stärkere positive Erwartungen an die Zukunft – in dem Sinne, dass man geglaubt hat, dass man die Welt gerechter gestaltet, dass man sie gleicher macht.» Gut, das ist nun nicht geschehen, und meistens ist der Kampf um das Bewahren eines besseren Zustandes auch der erste Schritt in Richtung möglicher Veränderungen. Viele Transparente des weltweiten Aktionstages am 15. März zeigten dementsprechend Parolen wie diese: «Der Hauptfeind steht im eigenen Land: VW, RWE, AFD, CDU & SPD» und «System Change, not Climate Change». Mehr als 300 000 junge Leute in über 230 Städten beteiligten sich nach Schätzungen der Veranstalter allein in Deutschland an den Aktionen. Leggewie sieht daher auch einen übergreifenden Generationskonflikt hinter dem Klimaprotest: «Es ist weniger das Thema Klimaschutz als die Tatsache, dass so wenig passiert ist. Es ist ein Widerstand gegen die Passivität der Politik und auch gegen ihre Kurzsichtigkeit, ihren Präsentismus, ihre Gegenwartsfixierung. Greta Thunberg und viele mit ihr haben verstanden, dass hier eine ältere Generation auf Kosten der jungen Leute lebt, nicht handelt und Dinge, die unbedingt zu tun wären, einfach immer wieder aufschiebt.»

Dass es heute nicht um systemüberwindende Revolten geht, sieht auch die bekannte amerikanische Kapitalismuskritikerin Naomi Klein und schlägt eine alternative Strategie vor: «Im grossen Massstab denken, ganz tief unten ansetzen und die ideologischen Pfähle weit weg vom erdrückenden Marktfundamentalismus einschlagen, der sich als grösster Feind für das Wohlergehen der Erde entpuppt hat. Wenn wir den kulturellen Kontext nur ein kleines bisschen verschieben können, tut sich ein winziger Spielraum für vernünftige Reformen auf, durch die sich der Kohlendioxidanteil in der Luft zumindest in die richtige Richtung bewegen würde.» Der Countdown für das Einhalten des 1,5-Grad-Zieles ist aber höchstwahrscheinlich schon abgelaufen. Die protestierenden Jugendlichen müssen sich in ihrem späteren Arbeitsleben

wohl oder übel auf eine Welt jenseits der 2-Grad-Erhöhung einstellen. Wie diese Welt dann aussehen wird, kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht genau sagen, aber sicherlich wird es keine bunten Schmetterlinge, tirilierenden Lerchen, Blumenwiesen und idyllischen Strände mehr geben. Trotzdem: Aufgeben gilt nicht, sagt Klimaaktivist McKibben: «Diese gigantische Schlacht ist noch nicht entschieden: Sollten wir das 2-Grad-Ziel verfehlen, werden wir gegen einen Anstieg um 3 Grad kämpfen, und dann gegen den um 4 Grad. Der Weg im Fahrstuhl zur Hölle ist lang.»

Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/umwelt/tanz-auf-dem-vulkan-2/>

Die Übeltäter sitzen in Bern

Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH
Veröffentlicht am 27. September 2019



Ich bin gegen den Rahmenvertrag. Deshalb habe ich etwas gegen Brüssel. Denn die Brüsseler Bürokraten haben unseren armen Diplomaten in harten Verhandlungen zum «Rahmenvertrag» eine absolut unakzeptable Dreifachmixture auf's Auge gedrückt:

Erstens die Pflicht zur dynamischen Übernahme von EU-Recht, zweitens eine erweiterte Guillotine-Klausel, und vor allem drittens die zwingende Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Wenn das Gericht der Gegenseite am Schluss darüber entscheiden kann, was in Zukunft gilt, muss ich keinen Vertrag mehr machen. Dem sagt man Unterwerfung.

Täuschungsmanöver

Seit kurzem habe ich mehr gegen Bern als gegen Brüssel. Die Übeltäter sitzen nämlich dort. Im Tages-Anzeiger vom 10. September schreibt Rudolf Strahm, der ehemalige SP-Nationalrat, zum Thema «Warum alle zu Europa schweigen»:

«Staatssekretär Yves Rossier schlug 2013 vor, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Schiedsinstanz einzusetzen. Die EU hatte zuvor auch den Efta-Gerichtshof als Variante ins Spiel gebracht. Doch Rossiers versteckte Agenda war auf den EU-Beitritt fixiert. Während der heissen Phase wurde auch nie über Kreuzkonzessionen – also über Gegenforderungen der Schweiz – verhandelt.»

Dieses Täuschmanöver hat Rossier nicht ohne Zustimmung seines europhilen Vorgesetzten Didier Burkhalter inszeniert. Und der hat bestimmt das Einverständnis von mindestens drei Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat – Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, Simonetta Sommaruga, Johann Schneider-Ammann, Alain Berset, Ueli Maurer – eingeholt.

Die zwei SP-Mitglieder des Bundesrates will ich von der Kritik ausnehmen. Die SP ist transparent. Sie befürwortet den EU-Beitritt. Gemäss Parteiprogramm von 2010/12 «mündet der bilaterale Weg in der Sackgasse». Die Partei schrieb bereits 2010: «Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein.» Ich finde diese Politik zwar grundfalsch, aber die Partei ist transparent und damit politisch korrekt.

Weder transparent noch politisch korrekt waren dagegen der Bundesrat und sein Beamtenheer zu Bern. Sie haben so getan, wie wenn sie die «Bilateralen retten» wollten, dabei wollten sie den Weg in die EU vorbereiten. Und wollen das wohl noch immer.

Der Übeltäter sitzt auch in Zürich

Ein mächtiger Mitspieler zum Durchdrücken des Rahmenvertrags sitzt in Zürich an der Hegibachstrasse 47. Economiesuisse, der selbsternannte Dachverband der Schweizer Wirtschaft, vertritt «rund 100 000 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen der Schweiz, die etwa zwei Millionen Menschen Arbeit

bieten». Die Interessen der Schweiz vertritt er nicht, höchstens die Interessen grosser, multinationaler Konzerne.

Economiesuisse befürwortet das ausgehandelte Rahmenabkommen. Es sei ein gutes Abkommen, es «erhöhe die Rechtssicherheit für hiesige Unternehmen», «es verbessere die Position der Schweiz im Falle von Streitigkeiten oder rechtlichen Auseinandersetzungen mit der EU». Die erste Aussage stimmt: Dank Rechtssicherheit gälte immer das Recht der EU. Die zweite Aussage ist ein Witz. Ein Witz ist auch die Behauptung, «eine öffentliche Umfrage habe gezeigt, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten das ausgehandelte Rahmenabkommen befürworte». Das glaubt selbst an der Hegibachstrasse 47 kein Mensch.

Strippenzieher bei den eidgenössischen Wahlen

Economiesuisse bietet für die kommenden Wahlen Kandidaten «Orientierungshilfen und Standortsbestimmungen» an, und zwar mit Hilfe einer Umfrage (www.elections.ch). Economiesuisse will damit helfen «die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und somit den Wohlstand in der Schweiz zu steigern», und «will die Schweiz wieder an die Weltspitze» zurückbringen.

Im Fragebogen von economiesuisse ist die Mehrzahl der 34 Fragen methodisch korrekt, mit Ausnahme derjenigen, welche die EU betreffen. Die erste Frage zum Thema «Aussenwirtschaftspolitik» lautet: «Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen mit der EU, um die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickeln zu können?» Dies ist eine Suggestivfrage und damit eine Zumutung. Wer so fragt, ist nicht an der Antwort interessiert, sondern er beabsichtigt, seine Meinung einer anderen Person aufzudrängen. Diejenigen Kandidaten, welche die Frage mit «JA» beantworteten, dürfen immerhin auf die Unterstützung von economiesuisse im Wahlkampf rechnen, vielleicht auch finanziell.

Die richtige Frage hätte gelautet: «Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen mit der EU?» Dass damit «die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickelt» werden, wird ja von den Gegnern des Institutionellen Abkommens bestritten. Und was sollte ein SP-Mitglied auf die Frage antworten, das für ein institutionelles Abkommen ist, aber nicht zum Erhalt der Bilateralen, sondern als ersten Schritt zu einem EU-Beitritt? «Ja» wäre richtig für den ersten Teil der Frage, «Nein» für den Nachsatz.

Leidenschaftliche Schützenhilfe für fortschrittliche Köpfe

Ganz allein steht economiesuisse im Kampf um das Rahmenabkommen nicht. Ihre Position wird unterstützt von der Operation Libero. Die meist jungen Liberos und Liberos kämpfen leidenschaftlich für eine Schweiz, die «ein Chancenland und kein Freilichtmuseum» sein will. Es sei jetzt «Schluss mit der Museums-Romantik». Das Rahmenabkommen sei «gut und richtig». Bisher seien Streitigkeiten mit der EU «politisch ausgetragen worden, also nach Massgabe von Macht statt von Recht.»

Und dann folgt die Lügengeschichte: «Zukünftig hätten wir ein Schiedsgericht, das über solche Streitigkeiten rechtlich verbindlich entscheidet.» «Rechtlich verbindlich» könnte das Schiedsgericht gerade nicht entscheiden. In Artikel 10 Abs. 3 des Abkommens bezüglich «Verfahren bei Streitigkeiten» steht: «Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für das Schiedsgericht verbindlich.»

Bei der Lüge zum Schiedsgericht finden sich die etwas müde gewordene economiesuisse und die jugendlich-dynamische Operation Libero vereint. Und vielleicht auch sonst.

Hans Geiger.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/die-uebeltaeter-sitzen-in-bern/>

Die mediale „Gesundschreibung“ des 5G-Mobilfunk



Die mediale „Gesundschreibung“ des 5G-MobilfunkTäuschland: Gottlob sind wir derzeit alle noch vollauf mit dem nahenden Weltuntergang, wegen der seit nunmehr 120-Jahren allgegenwärtigen Klimakatastrophe beschäftigt. Da bleibt wahrlich kaum mehr Zeit, sich um die wirklich mörderischen Gefahren zu kümmern. Es gibt immer mehr Menschen, die halten beispielsweise den drastisch zunehmenden Mobilfunk für eine ernsthafte Bedrohung von Leib und Leben. Nur leider widerspricht diese Auffassung einer anderen Idee, der, von der „schönen neuen Welt“ des Kommerzes und der totalen Sicherheit.

Gerade wenn es um den Weltuntergang geht, wollen wir den natürlich live, in Farbe und ohne unnötige Verzögerung wie auch völlig ruckelfrei geniessen. Für solche Anwendungen braucht es zwingend die nächste Generation Mobilfunk, genauer noch, das ins Gerede gekommene 5G-Netz. Offensichtlich gibt es sogar bei den öffentlichen Medien (Staatssendern) so eine Art „Unlearning by Lobbying“ oder so ähnlich. Vergesslichkeit ist nicht nur menschlich, sondern manchmal auch ziemlich teuer ... in jeder Hinsicht. Es wäre doch zutiefst unmenschlich, wenn man nicht gegen entsprechendes Entgelt seine Meinung wechseln könnte wie die Unterwäsche. Der Wissenschaftsbetrieb, so wird gern kolportiert, arbeite heute nur noch so.

Es geht tatsächlich ums Überleben

Die nachfolgende Sendung ist ein ziemlich alter Schinken, der schon mehr als ein Jahrzehnt sehr gut abgehängen ist. So gut, dass sich beim Bayrischen Rundfunk kaum wer daran erinnern kann. Offenbar hatte man damals im öffentlich-rechtlichen Dummfunk noch ein ganz anderes Ethos. Das kommt heute so nicht mehr vor. Völlig freimütig wird bereits zu der Zeit über mögliche Zusammenhänge von Mobilfunkstrahlung und Krebserkrankung gesprochen. Das sollte man sich einfach mal ansehen.



(Anmerkung: Siehe https://www.youtube.com/watch?time_continue=221&v=CNdc39XNzKg)

Derweil wird die Notwendigkeit der Übereinstimmung mit der Industrie von Jahr zu Jahr wichtiger. Schliesslich geht es ums Überleben eines ganzen Industriezweigs, der sich auf die Funkerei verlegt hat und damit seine Milliardenumsätze macht. Wenn es hart auf hart kommt, muss man durchaus bekennen, dass die einmaligen Milliarden, anders als die Menschen, leider nicht wieder nachwachsen. Nicht erwirtschaftet oder anderweitig nicht realisiert, ist beim schönen Geld sogleich endgültig verloren. Bei dieser betriebswirtschaftlich klaren Sachlage scheint vielen Raffzähnen die Entscheidung ausgesprochen leicht zu fallen.

Die Unken rufen noch immer

Selbst wenn die Naila-Studie irgendwie in Vergessenheit geraten ist, schliesslich war die ja nicht wissenschaftlich, kommen andere Unken um die Ecke. Studien zu Krebserkrankungen in der Nähe von Mobilfunk-Basisstationen ... [BFS]. Das ist alles ganz entsetzlich. Und bei Lichte betrachtet wird jeder sofort einsehen, dass man sowas besser schnell vergessen macht. Auf keinen Fall darf sich sowas verbreiten und das friedliebende Konsumvolk in seiner gewohnten Kauflaune beeinträchtigen. Irgendwie sollte man das ganz schnell vergessen machen. Aber wie?

Genau hier hat der Bayerische Rundfunk erst kürzlich seine eigentliche Berufung wiedergefunden. Das Geschäft der „Fuck-den-Checker“ blüht derzeit fast überall. Sicher werden die ganzen Pfaktenfinder alsbald im Wahrheitsministerium vereint werden. Das könnte die zentrale Anlaufstelle zur Erhaltung einer gesunden Volksmeinung werden. Hier preist der BR einmal mehr die gesundmachende Wirkung von 5G-Mobilfunk: #Faktenfuchs: Schadet 5G der Gesundheit? ... [BR]. Nichts Genaues weiss man nicht, aber schädlich kann das alles eigentlich nicht sein. Ob allein positiv denken uns vor Schaden bewahrt?

Die billigsten Laborratten sind immer noch die zweibeinigen

Die Unschädlichkeit des Neuen kann man gar nicht oft genug wiederholen. Sollte man eigentlich im Tagesrhythmus machen. Der BR schafft das ... fast: Testlabor: Keine gesundheitliche Auswirkung von 5G ... [BR]. Wenn man lang genug sucht, kann man davon sicher noch mehr beim BR finden. Kritik? Ausser zu Alibizwecken, rhetorisch in lascher Fragestellung, kommt die nicht vor. Trotz der Entwarnung muss man aber die Wissenschaftler noch erwähnen. Angeblich fordern die jetzt Langzeituntersuchungen. Hmm ... das heisst, wir müssen jetzt ganz schnell, überall die vielen Mikrowellenstrahler aufbauen, um dann über das nächste Jahrzehnte zu testen, ob die zweibeinigen Laborratten vielleicht doch irgendwelche Schäden davontragen?

Woher soll der BR auch von den vielen gegenläufigen Beobachtungen wissen? Dafür wird ja beim Sender niemand bezahlt. Staatsaufgabe ist Wirtschaftsförderung, also Geld machen. Da sollte man sich eine derartige Materialsammlung, wie hier und hier auf der Seite von 5Gfrei.de, besser nicht antun. Neutral ist man ja auch, wenn man Scheuklappen richtig anwendet und das Elend links und rechts des Weges ausgeblendet bleiben darf. Gott sei dank bietet Nichtwissen in Deutschland immer noch einen ernstzunehmenden Schutz vor Gericht. Ob das Zugpferd BR mit seinen Scheuklappen wirklich so zukunftsorientiert aufgestellt ist? Naja, die Bewertung dessen überlassen wir besser dem arglosen Betrachter dieser illustren Strahlenkomödie.

Quelle: <https://qpress.de/2019/10/04/die-mediale-gesundschreibung-des-5g-mobilfunk/>

Studie: US-Militär in Asien wäre innerhalb von Stunden zerstört



—Published on October 8, 2019October 8, 2019

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer schweren Krise der strategischen Insolvenz, so beginnt eine aktuelle Studie. Vor allem in einer der Regionen, die Washington als eine der wichtigsten bezeichnet, ist die militärische Überlegenheit nicht mehr gewährleistet.

Soeben noch erklärte der US-Aussenminister die Indo-Pazifik-Region zu einem Hauptfokus der US-Militärstrategie. Laut einer aktuellen Studie des United States Study Center der University of Sydney, Australien, ist genau dort das US-Militär mittlerweile höchst verwundbar, denn die militärische Überlegenheit in der Region gehöre der Vergangenheit an.

Seit mehr als 70 Jahren arbeiten die Vereinigten Staaten daran, ihre globale hegemoniale Position zu behaupten, indem sie entsprechende Machtverhältnisse in den strategisch wichtigsten Regionen der Welt – Europa, dem Indopazifikraum und dem Nahen Osten – aufrechterhalten, so die Verfasser der Studie. Auch das indo-pazifische Machtgleichgewicht haben die amerikanischen Streitkräfte für einen Grossteil dieser Zeit gefestigt.

Doch die Autoren sind alarmiert – “The stakes could not be higher” – seit den frühen 1950er Jahren habe sich die Stellung der USA im Indopazifikraum halten lassen, wie sie meinen, durch Wahrung einer strategischen Ordnung.

Aber dieses Fundament der Stabilität ist jetzt unter Druck geraten.

Denn US-amerikanische und verbündete Militärbasen im Indopazifikraum wären bei möglichen chinesischen Raketenangriffen unterlegen – innerhalb von Stunden könnten sie sogar überwältigt werden. Vor allem im Bereich Raketen, aber auch darüber hinaus, habe das chinesische Militär gegenüber dem der USA enorme Fortschritte gemacht.

China habe eine gewaltige Anzahl von Präzisionsraketen stationiert, “um den militärischen Vorrang Amerikas zu untergraben”, heisst es im Bericht.

Durch Präzisionsschläge könnten fast alle US-Militäreinrichtungen im Westpazifik sowie die ihrer wichtigsten Partner und Verbündeten innerhalb der ersten Stunden einer militärischen Auseinandersetzung unbrauchbar gemacht werden.

Ähnlich hatte der Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums gewarnt, Peking würde ein Weltklasse-Militär entwickeln und “die führende Macht im indisch-pazifischen Raum” zu werden, mehr als 2000 ballistische Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen, können Land- und Seeziele treffen.

Die Autoren der australischen Studie sehen ähnlich wie das Pentagon eine unbedingte Notwendigkeit noch höherer Rüstungsbudgets und behaupten, dass Australien, Japan und andere US-Verbündete ihre Kräfte in der Region neu bündeln, sich also stärker einbringen müssen.

Denn die USA haben sich jahrelang in Einsätzen weltweit verausgabt und stehen vor wachsenden Defiziten und einer steigenden Staatsverschuldung. Gleichzeitig würde eine ideologische Polarisierung innerhalb und zwischen den beiden grossen Parteien im Kongress es schwer machen, eine Einigung über eine entsprechende Ausrichtung des Haushalts zu erzielen.

Bereits im November vergangenen Jahres hatte die National Defense Strategy Commission dem Kongress einen Bericht vorgelegt, dass “das US-Militär unannehmbar hohe Verluste erleiden könnte” und Mühe haben könnte, “einen Krieg gegen China oder Russland zu gewinnen oder vielleicht zu verlieren”.

Die Autoren der australischen Studie unterstreichen diese Warnungen.

Derweil sagte Chinas Aussenministerium gegenüber der Asia Times, es habe den Bericht nicht gesehen, aber verfolge eine defensive Militärpolitik.

China ist entschieden auf dem Weg einer friedlichen Entwicklung und unsere nationale Verteidigungspolitik ist defensiver Natur”, so Geng Shuang, Sprecher des chinesischen Aussenministeriums.

Quelle: <https://derwaechter.org/studie-us-militar-in-asien-ware-innerhalb-von-stunden-zerstort>

Die EU auf dem Weg zum Grosseuropäischen Reich

Von Dr. Pedro Reiser, 9. Oktober 2019



Seit dem Zerfall des römischen Reichs taucht die Idee eines neuen Grosseuropäischen Reichs immer wieder auf. Auch in der EU scheint sich diese Wunschvorstellung durchzusetzen. Allerdings soll, im Gegensatz zu früheren Versuchen, nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit den Machtmitteln des 21. Jahrhunderts vorgegangen werden: mit wirtschaftlichen Zuwendungen, Erpressungen und Drohungen, und mit Propaganda. Was vor einigen Jahren eher journalistische Fantasievorstellungen waren (siehe z.B. Imperium Europa, DIE ZEIT, 11.09.2008), ist heute ein ernstgemeintes politisches Projekt.

Vorgeprescht ist der französische Minister für Wirtschaft und Finanzen Bruno Le Maire, der ganz im Sinne von Präsident Emmanuel Macron im April 2019 ein Buch unter dem Titel «Le Nouvel Empire –

L'Europe du vingt-et-unième siècle“ publizierte. Hauptzielsetzung: «Une puissance au service de la paix, qui défend ses intérêts économiques et militaires, ses entreprises comme ses citoyens. L'Europe doit définir un projet politique et s'affirmer, au XXI siècle, comme un nouvel empire.»

In Deutschland wurde Le Maires Vorstoss zunächst als französischer Druckversuch auf Berlin wahrgenommen. Schon bevor Le Maires Buch erschien, titelte das Handelsblatt vom 11.11.2018: «Frankreichs Finanzminister macht Druck auf Berlin – „Europa muss ein Empire werden.» Im Interview mit dem Handelsblatt wurde Le Maire gefragt:

«Warum benutzen Sie diesen Begriff des Empire? Das klingt schrill in unseren Ohren.»

Le Maire: «Ich benutze den Begriff, um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es in der Welt von morgen um Macht gehen wird. Macht wird den Unterschied ausmachen: Technologische Macht, wirtschaftliche, finanzielle, monetäre, kulturelle Macht werden entscheidend sein. Europa darf nicht länger davor zurückschrecken, seine Macht auszuspielen und ein Empire des Friedens zu sein.»

Dass es sich um ein Empire des Friedens handeln soll, ist um so unglaublicher, als ausgerechnet Präsident Macron zusammen mit Frau Merkel die baldige Entstehung einer europäischen Armee fordert (Tagesanzeiger, 13.11.2018). Frankreich und Deutschland beteiligen sich seit Jahren an Kriegen in Afghanistan, Libyen, Syrien, Mali, etc. Da soll nun also auch eine gesamt-europäische Armee mitmachen. Krieg heisst dann Friedenssicherung, so wie es George Orwell in seinem unheimlich zutreffenden Roman «1984» voraussah.

Dass am Projekt «Grosseuropäisches Reich» generalstabsmässig gearbeitet wird, bestätigte der Brexit-Koordinator des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der «Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE)», Guy Verhofstadt.

«Am 14. September 2019 hat Verhofstadt am Parteitag der «Liberal Democrats» in Bournemouth einen Vortrag gehalten. Darin sprach er vom Plan, welchen Politiker in Brüssel mit der Kommission derzeit aushecken: das Grosseuropäische Reich. Denn, so sagte Verhofstadt, die Welt der Zukunft ist eine Welt der Grossreiche. China, Indien, die USA sind Grossreiche. Um bei diesen Grossreichen mitspielen zu können, müsse die EU zu einem «European Empire» werden.» (sciencefiles.org)

Was bedeutet die Umwandlung der EU in ein Grosseuropäische Reich?

Es bedeutet die Streichung der bisherigen vielzitierten Zukunftsvorstellung eines europäischen Bundesstaates. Ein Reich ist das Gegenteil eines Bundesstaates. Es ist ein zentralistisches, autoritäres Gebilde nach dem Vorbild der französischen Monarchie von Louis XIV, bei dem es in erster Linie um Macht geht, wie es Bruno Le Maire deutlich sagte. Innen- und aussenpolitische Macht. Demokratie, Freiheit und Wohlergehen der Menschen werden zurückgestellt und in den Dienst der Machterlangung und Machtausweitung gestellt. Angefangen schon jetzt bei der EU-Innenpolitik: «Die EU müsse deshalb schneller entscheiden und sollte das bislang notwendige Prinzip der Einstimmigkeit unter den EU-Mitgliedern bei Entscheidungen abschaffen.» (Merkel, Tagesanzeiger, 13.11.2018)

Wie wir seit Lord Acton wissen: «Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.»

Erste kritische Stimmen warnen. So z.B. der deutsch-belgische Historiker David Engels: Anhand von zwölf Indikatoren vergleicht er verschiedene Aspekte der Identitätskonstruktion der EU mit Krisensymptomen der ausgehenden Römischen Republik und zieht dabei beunruhigende Parallelen: Der Wandel von einer von Werteverlust, Dauerkrise, Reformstau und politischem Immobilismus gekennzeichneten Republik zu einem autoritären und konservativen Imperium zeichnet sich heute auch in der EU ab. Quo vadis, Europa? Für den Historiker David Engels steht fest: Die europäische Demokratie steht unwiderruflich am Abgrund. Der Professor für Römische Geschichte vergleicht die Lage der Europäischen Union mit der Situation der dem Untergang geweihten späten Römischen Republik, indem er Zitate antiker Philosophen und Schriftsteller den aktuellsten Statistiken zur Lage Europas gegenüberstellt. Er entdeckt dabei Parallelen: Immigrationsproblematik und Bevölkerungsrückgang, Materialismus und Globalisierung, Werteverlust und Fundamentalismus, Technokratie und Politikverdrossenheit, der Verlust von Freiheit und Demokratie; all diese scheinbar so modernen Probleme brachten bereits vor 2000 Jahren die Römische Republik ins Wanken und ermöglichten die Machtergreifung von Augustus.

Engels umfassende Forschungsergebnisse bestätigen Oswald Spenglers Studie «Der Untergang des Abendlandes» und ermöglichen ein neues Verständnis für die komplexen Probleme unserer Zeit. Sie zeigen aber auch, welche Weichen es zu stellen gilt, wenn das Schlimmste verhindert werden soll. Entscheidend für das politische Überleben der Europäischen Union, so seine Analyse, ist die Rückbesinnung auf die ureigene europäische Identität mit ihrer kulturellen Tradition, jenseits abstrakter Gleichmacherei. (Klappentext von «Auf dem Weg ins Imperium – Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der Römischen Republik. Historische Parallelen», von David Engels, Europa Verlag, Berlin 2014)

Engels sagte also schon 2014 den aufkeimenden Wandel der EU zu «einem autoritären Imperium» voraus. Recht hat er mit seiner Kritik an der «abstrakten Gleichmacherei» der EU, wobei jedoch sein Glauben an eine «ureigene europäische Identität mit ihrer kulturellen Tradition» der Diversität der europäischen Kulturen und Traditionen zu wenig Rechnung trägt.

Für die Schweiz bedeutet der Wandel der EU zu einem Grosseuropäischen Reich nichts Gutes. Einmal mehr im Laufe ihrer über 700 Jahre alten Geschichte wird sich die Eidgenossenschaft von einem europäischen Machtgebilde umzingelt befinden. Wird die Schweiz einmal mehr den Willen und die Kraft aufbringen, ihre Eigenständigkeit, Freiheit und direkte Demokratie zu verteidigen?

Eine Bewährungsprobe steht vor der Türe: das institutionelle Rahmenabkommen, das uns dem Grosseuropäischen Reich unterwerfen würde. Die Annahme oder Verwerfung dieses Abkommens wird zum Lackmустest unserer Widerstandsfähigkeit!

Quelle: <https://eu-no.ch/die-eu-auf-dem-weg-zum-grosseuropaeischen-reich/>

Bockshornjäger



Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit» Veröffentlicht am 11. Oktober 2019

Gross aufgezogen und sogar mit einer Sondersendung bedacht, präsentierte Fernsehen SRF am 9. Oktober die «letzte Wählerumfrage» vor dem 20. Oktober – den Grünen Triumph, der FDP Absturz verheissend.

Das Bedauern war dabei mit Händen zu greifen, als die Präsentatoren auch einzugestehen hatten, dass der von ihnen von so langer Hand vorbereitete, so intensiv herbeigeredete Aderlass der SVP am 20. Oktober kaum Tatsache werden dürfte.

Dominiert die Klima-Erwärmung?

Die «Klimakatastrophe», wurde behauptet, werde die Wahlen klar dominieren. Abgestützt wurde diese Behauptung auf die Befragung von rund zwölftausend Personen, die allesamt drei Themen bestimmen konnten, welche nach ihrer Meinung den Wahlentscheid der Stimmbürger zumindest hauptsächlich beeinflussen würden. Daraus leiteten die Umfrage-Organisatoren ab, dass die Sorge um die Klima-Erwärmung weiterhin alles Denken dominiere. 37 Prozent der Befragten hätten das Klima als ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage im Blick auf die Wahlen bezeichnet.

Wer die Zahlen selber untersuchte und sich nicht bloss mit den Kommentaren der Wahl-Propheten zufriedengab, stutzte freilich: Die Explosion der Krankenkassenprämien wurde von 42 Prozent der Befragten als Haupt-Entscheidungsursache angeführt. Die Sorge um die Entwicklung der Krankenkassenprämien mobilisierte also fünf Prozent mehr Besorgte als das angeblich «klar dominierende Thema Klima-Erwärmung».

EU-Frage: Keineswegs passé

Noch mehr Erstaunen weckte eine weitere Entdeckung: Die EU-Frage, die Sorge um die EU-Anbindung erreichte mit ebenfalls 37 Prozent das genau gleiche Resultat auf dem Sorgenbarometer der Wähler wie die Klima-Veränderung. Dies erstaunt um so mehr, als die Medien – wenn sie die EU-Frage in den letzten Monaten überhaupt je aufgegriffen haben – notorisch behaupten, die EU-Frage interessiere die Bevölkerung kaum mehr.

Ein Thema, dem die Medien während Monaten mit Akribie auswichen und das sie notorisch herunterspielten, erreicht offensichtlich die gleiche Aufmerksamkeit wie die mit Greta-Anbetung und Schülerdemonstrationen-Beweihräucherung täglich penetrant breitgewalzte, angeblich unmittelbar bevorstehende Klimakatastrophe. Dieser Gleichstand zeigt vor allem, wie wenig Vertrauen die Öffentlichkeit der Medienberichterstattung noch entgegenbringt ...

Masseneinwanderung: Thema von gestern?

Interessant sind auch die Umfrage-Aussagen zur Masseneinwanderung. Manipulation lässt sich auch zu diesem Themenkreis identifizieren. Die Umfrage-Architekten gehören zu jenen, die in den letzten Wochen und Monaten unablässig herunterbeteten, das Thema Masseneinwanderung sei längst aus Abschied und

Traktanden gefallen – weil kaum mehr Masseneinwanderung stattfindet. Nur noch ein Viertel der Befragten würden diesem Thema beeinflussenden Charakter zubilligen.

Völlig veränderte Lage

Zu diesem als «minimal» interpretierten Wert von 25 Prozent unterbleibt in der Umfrage-Auswertung aber eine zentrale, äusserst wichtige Information:

Die den Umfrage-Ergebnissen zugrunde liegende Meinungsbefragung erfolgte keineswegs in den letzten September- oder ersten Oktobertagen. Sie erfolgte bereits im Juni 2019, bei Sommeranbruch. Damals hatte in Italien Innenminister Salvini das Heft noch fest in der Hand bezüglich Einwanderungspolitik. Er hielt die Mittelmeer-Route für die illegale Masseneinwanderung rigoros geschlossen. Und gleichzeitig sperrte Viktor Orban, nachdrücklich unterstützt von Österreich, die Balkan-Route – wofür ihn Brüssel fast täglich mit Schmä und Schimpf überflutete.

Dass damals, im Juni, in der Schweiz illegale Masseneinwanderung dank Salvini und Orban kaum mehr stattfand, beruhigte die Bevölkerung: Die Masseneinwanderung verlor ihren Bedrohungscharakter.

Jetzt, spätestens seit September, steht Europa vor völlig anderer Situation: Salvini wurde von der Macht verdrängt. Italien zelebriert, Brüssel zuliebe, bereits wieder «Machet auf das Tor». Ob Österreich den rigorosen Einwanderungsstopp, den die ÖVP/FPÖ-Regierung durchgesetzt hat, nach dem Ausscheiden der FPÖ aus der Regierung aufrechterhalten kann, erscheint mehr als bloss fraglich. Nur Orban hält noch am Kurs der rigorosen Unterbindung der Masseneinwanderung fest.

Unterschlagung wichtigster Informationen

Dass sich diese Lageveränderung aus bereits im vergangenen Juni erhobenen Zahlen nicht ablesen lässt, ist offensichtlich. Dass die Präsentatoren und Interpreten der «letzten Umfrage» diese ihre Zahlen stark relativierende Lageveränderung den Zuschauern gegenüber völlig unerwähnt liessen, also bewusst unterschlugen, das entlarvt das Ziel, das die selbsternannten Meinungsmacher mit ihrer «letzten Umfrage» vor den Wahlen zu erreichen trachten.

In Anlehnung an Clausewitz ist man versucht zu sagen: Wählerumfragen – das ist Kampf um die Macht im Staat «mit anderen Mitteln».

Einmal mehr erweisen sich die Medien – alle grossen Medien koordiniert – als der Öffentlichkeit gegenüber nicht an Objektivität orientierte Berichterstatter. Sie wollen beeinflussen – notfalls mittels manipulativer «Interpretation». Ihr Ziel war und ist es, die seit Jahren wählerstärkste SVP und mit ihr jene Kräfte, die EU-Anbindung und Masseneinwanderung bekämpfen, zu schwächen – mit allen Mitteln und koste es was es wolle.

Die Macht des Wählers

Ihnen nicht genehme Tatsachen können die Medien zwar unterschlagen oder manipulieren. Noch aber sind sie nicht in der Lage, den Wählern eigenständige Entscheidungen beim Ausfüllen der Wahlzettel zu verunmöglichen. Es ist der Wähler, nicht der Interpret «letzter Umfragen», der schliesslich das Wahlergebnis bestimmt. Die Demokratie lebt von ihren die Verantwortung wahrnehmenden Wählern, nicht von Umfrage-Interpreten, die die Wähler mit tendenziösen Resultat-Auslegungen ins Bockshorn zu jagen versuchen.

Ulrich Schlüer

Der Terror und die Heuchler

von Georg Immanuel Nagel, 11. Oktober 2019



Georg Immanuel Nagel kommentiert den verlogenen Umgang mit dem Amoklauf von Halle und die Hierarchie der Opfer.

Als die ersten Nachrichten von dem gescheiterten Anschlag auf eine Synagoge in Halle kamen, war recht schnell unstrittig, was für die meisten Journalisten und Kommentatoren die wichtigste Frage war: Welcher

ethnokulturellen Gruppe gehört der Täter an? Handelt es sich um einen „Flüchtling“ oder um einen „Bio-deutschen“?

Spätestens nach der Verbreitung des Livestreams des Täters, der ein völlig dilettantisches Vorgehen mit teilweise selbst gebastelten Waffen und Knallkörpern zeigte, war klar, dass es sich wohl um einen selbstständig agierenden, geistig verwirrten, einzelnen Amokläufer und eben um einen Deutschen handelt. Es ist wenig überraschend, zu welchen Heuchel-Ritualen und politischen Instrumentalisierungen es jetzt wieder kommt.

Multikulti-Gewalt wird vom Establishment akzeptiert

Alltäglich wird in Westeuropa durch islamische und andere ausländische Täter gemessert, gruppenvergewaltigt oder regelrecht massengemetzelt. Über die allermeisten Alltagsdelikte, die als gar nicht mehr der Rede wert eingestuft werden, berichtet man gar nicht mehr. Was trotzdem durchsickert, wird in der Regel erst einmal relativiert und mit Falschinformationen vernebelt. Man versucht stets zuerst einmal den ethnischen bzw. religiösen Hintergrund der Täter zu leugnen und verschweigt deren Identitäten.

Die Gewalttäter werden dann meist als lediglich geistig (Anm. Billy: bewusstseins-) verwirrt abgetan. Reaktionen der Politik gibt es nur noch bei den grössten islamistischen Terroranschlägen mit dutzenden Opfern. Nach geheuchelten Trauerbekundungen wird aber auch dann stets verlautbart, dass politisch alles weiter gehen soll wie bisher. Oft wird dann noch hinzugefügt, dass man jetzt vor allem gegen die „Instrumentalisierung der Tat durch Rechtspopulisten“ bzw. allgemein „gegen rechts“ vorgehen müsse.

Diese Form der Überschwemmung unserer einst friedlichen Gesellschaften mit ununterbrochener Gewalt wird von der etablierten Politik also einfach akzeptiert. Egal wie viele Bürger vergewaltigt, zusammengeschlagen oder ermordet werden, es wird beinhart weitergemacht wie bisher.

Einzeltat wird genüsslich ausgeschlachtet

Ganz anders schaut es jetzt beim aktuellen Amoklauf von Halle aus, denn diesmal passt der Täter einmal in das wirklichkeitsfremde Weltbild der herrschenden Ideologie. Innerhalb weniger Stunden ging ein medialer Sturm der Entrüstung durch Europa, wie er bei all den anderen, ständigen Morden unmöglich wäre. Regierungschefs und Staatsoberhäupter überboten sich mit Schock- und Trauermeldungen. Die üblichen Verdächtigen versammelten sich zu Mahnwachen und selbst das EU-Parlament hielt eine Schweigeminute ab.

Der für das Establishment relevante Unterschied ist die Opfergruppe bzw. die geplante Opfergruppe, denn zum Glück kam ja kein Jude zu Schaden. Die Getöteten sind Deutsche aus Dunkeldeutschland und tragen die Namen Jana und Kevin. Es gibt im Westen eben eine ungeschriebene Hierarchie der Opfer. Deutsche oder generell weisse Opfer sind rangtiefer. Ausländer, Juden usw. gehören zu den Opfern erster Klasse, die bevorzugt zu behandeln sind.

Es wird mit zweierlei Mass gemessen

Gerade erst gab es einen anderen missglückten Terroranschlag auf eine Synagoge in Deutschland und zwar in Berlin-Mitte. Am vierten Oktober sprang der mit einem Messer bewaffnete Syrer Mohamad M. über den Zaun des Gotteshauses und rief „Allahu Akbar“ und „Fuck Israel“, konnte jedoch glücklicherweise von Wachleuten überwältigt werden, bevor es zu einem Blutbad kam.

Was geschah daraufhin? Gab es einen internationalen Aufschrei der Medien, inklusive demonstrativer Schock-Proklamationen von Spitzenpolitikern? Nein, natürlich nicht, weil diese Tat war eines der unzähligen, alltäglichen Multikultiverbrechen, die durch die wahnsinnige Masseneinwanderungspolitik genau dieser politischen Eliten erst ermöglicht wurden. Mohamad M. wurde zudem nicht verhaftet, sondern auf freiem Fuss angezeigt. Er läuft jetzt also als tickende Zeitbombe herum oder wird sich einfach aus dem Staub machen.

Beim Berliner Anschlagversuch gab es zudem eine Konkurrenz der Opfer. Sowohl Moslems als auch Juden gehören ja zu den amtlichen Opfergruppen des „deutschen Rassismus“. Gerade die sich ausdehnende Feindschaft zwischen Moslems und Juden ist etwas, was für Gutmenschen kaum verarbeitbar und realisierbar ist. Denn für Linke ist ja alles schwarz und weiss und alle Menschen sind in „gut“ und „böse“ einteilbar.

Da ja für Multikultis sowohl Moslems als auch Juden pauschal in die Kategorie der „guten Menschen“ fallen und nur Deutsche, insbesondere patriotische Deutsche, in die Kategorie der „bösen Menschen“, können sie diesen Fehler in der Matrix einfach nicht verarbeiten. Daher wurde der Anschlag von Berlin grossteils einfach ignoriert, während man den von Halle jetzt sicher noch wochenlang ausschlachten wird.

Jetzt geht die Instrumentalisierung los

Es ist müssig zu sagen, dass niemand im patriotischen Lager auch nur die geringste Sympathie für den Neonazi-Verrückten aus Halle haben kann und dass seine grausige Bluttat aufs Schärfste zu verurteilen ist. Obwohl es sich hier tatsächlich um einen psychisch kranken Einzeltäter handelt, der keinerlei Kontakt

zu irgendeiner politischen Gruppe hatte, werden wir uns trotzdem eine halbe Ewigkeit lang anhören müssen, dass wir irgendwie daran schuld seien.

Dieselben, die sonst immer bei islamischen Mördern vor „Instrumentalisierung“ warnen, sind genau diejenigen, die jetzt völlig pietätlos agieren. Das ist nicht nur menschlich schäbig, sondern verweigert eine realitätsbezogene Debatte über die Zuspitzungen innerhalb einer gescheiterten multikulturellen Gesellschaft, die in Chaos und Gewalt unterzugehen droht.

Beispielsweise liess der CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer verlautbaren, dass er die Alternative für Deutschland (AfD) als „geistige Brandstifter“ sehe, obwohl diese sich ja noch nie negativ über Juden geäussert hat. Auch Seehofers Parteigenosse, der bayerische Innenminister Joachim Hermann, bediente diese abgegriffene Phrase der „geistigen Brandstifter“, um ohne Sachzusammenhang die AfD zu verteufeln. Laut ihm wären „in letzter Zeit auch einige Vertreter der AfD in unverschämter Weise aufgefallen“.

Womit genau sie diesbezüglich „aufgefallen“ seien, erläuterte Hermann freilich nicht. Auch die CDU-Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien, liess es sich nicht nehmen, gegen die unliebsame Konkurrenz zu hetzen: „Der gärrige Nährboden für das Attentat von Halle wird auch von der AfD befördert“, behauptete sie auf Twitter.

Die Heuchelei ist zum Kotzen

Unser aufrechtes Beileid hat allen unschuldigen Opfern, egal von welcher Seite, zu gelten. Wenn ich aber jetzt die verlogenen Visagen diverser Politiker und ihre geheuchelten Reden ertragen muss, dann macht mich das einfach nur wütend. Diese willigen Vollstrecker der offenen Grenzen haben ansonsten auch kein Mitleid, aber jetzt wird auf die Tränendrüse gedrückt, um damit gegen Andersdenkende zu hetzen. Das ist einfach nur widerlich.

(Bild: Horst Seehofer, Pixabay). Quelle: <https://www.blauenarzisse.de/der-terror-und-die-heuchler/>

Extinction Rebellion: Warum uns die weltweite Umsturzbewegung Sorge bereiten sollte

Von Ramin Peymani / Gastautor 14. Oktober 2019 Aktualisiert: 14. Oktober 2019 10:36

In Kürze feiern die in Grossbritannien gegründeten "Extinction Rebellion" ihr einjähriges Bestehen. Grund genug, sich die Gruppierung einmal genauer anzusehen, die nach eigener Darstellung in mehr als 70 Ländern aktiv ist.



Eine kleine Gruppe lautstarker Aktivisten bestimmt derzeit die Schlagzeilen. Auf gerade einmal etwas mehr als 5000 Mitglieder wird die Grösse von Extinction Rebellion (XR) in Deutschland geschätzt. Vor diesem Hintergrund fällt die mediale Berichterstattung völlig unverhältnismässig aus.

Wenige tausend Unterstützer sind nicht viel, wenn man bedenkt, wie einfach es ist, sich der Bewegung anzuschliessen. Keine Mitgliedsbeiträge, keine Aufnahmeverfahren, keine Barrieren. Da müssen sich Interessenten für Vereine und Parteien schon stärker ins Zeug legen. Selbst manche Bürgerinitiative verlangt mehr von ihren Mitgliedern. Weltweit sollen es angeblich 100 000 „Aktivisten“ sein.

Zum Vergleich: Lions und Rotary, zwei Nichtregierungsorganisationen, die tatsächlich Gutes tun, statt lediglich destruktiv zu sein, verfügen jeweils über weit mehr als eine Million Mitglieder – und das bei hohen Aufnahme- und Mitgliedsbeiträgen sowie erheblichen Einstiegshürden. Doch, wer Geld hat und diskret hilft, ist für die Meinungsmacher uninteressant. Viel lieber berichten die Redaktionen über ihre linken Seelenverwandten, die mit Apokalypsephantasien das Material für Schlagzeilen liefern.

In Kürze feiern die in Grossbritannien gegründeten „Rebellen“ ihr einjähriges Bestehen. Grund genug, sich die Gruppierung einmal genauer anzusehen, die nach eigener Darstellung in mehr als 70 Ländern aktiv ist. Inzwischen sollen es auch hierzulande fast 100 Ortsgruppen sein, von denen über die Hälfte als „aktiv“ eingestuft werden.

Hinter den Städteblockierern steht die britische Firma Compassionate Revolution Ltd., was so viel bedeutet wie „mitfühlende Revolution“. Mitfühlend sind die XR-Rebellen allerdings ganz und gar nicht. Ihnen ist es völlig egal, dass sie Millionen in Beugehaft nehmen, um ihre Ideologie durchzusetzen.

Dass man durchaus bereit ist, Tote in Kauf zu nehmen, hat Roger Hallam, einer der Mitbegründer von Extinction Rebellion, unlängst klargemacht.

In ihrem radikalen Kampf gegen alle Normalbürger, die sie zur Bedrohung des Planeten erklärt haben, beschränken sich die Störer bislang auf zivilen Ungehorsam. Noch veranstalten sie keine Hetzjagden auf Andersdenkende, noch beschränkt sich ihre Gewaltbereitschaft auf Sachbeschädigung, Nötigung und Freiheitsverletzung, noch haben Grossstadtblockaden und Infrastrukturbekämpfungen keine Opfer gefordert.

Dass man aber durchaus bereit ist, Tote in Kauf zu nehmen, hat Roger Hallam, einer der XR-Mitbegründer, unlängst klargemacht. Nicht ohne Grund warnt selbst die Ökolinke Jutta Dittfurth vor der Gruppierung, allerdings mit dem Hinweis, XR sei anschlussfähig nach rechts, was ziemlich absurd anmutet, erhalten die Linksanarchisten doch keinerlei Zuspruch aus dem rechten Lager.

Die britische Polizei stuft XR unterdessen als „internationale Rebellion“ ein und nahm bei den jüngsten Protesten in London mehr als 1200 Personen fest. Der frühere Leiter der Terrorismusabwehr von Scotland Yard, Robert Walton, fordert daher auch ein kompromissloses Vorgehen gegen die Organisation, die sich seiner Einschätzung nach aus der Mitwirkung politischer Extremisten und Anarchisten speist und den Klimaschutz als Tarnung missbraucht.

Gerade in ihrem Mutterland bläst den Extinction-„Aktivisten“ inzwischen erheblicher Gegenwind ins Gesicht. Und auch immer mehr Blockadeteilnehmer murren. Öffentlich beklagen sie, dass ihnen die Konsequenzen ihrer Ordnungswidrigkeiten und Straftaten von den Organisatoren viel zu spät aufgezeigt worden seien. Mancher Happening-Teilnehmer schien nicht verstanden zu haben, worauf er sich einliess, als er sich den straff organisierten Störtrupps anschloss.

Die von einem britischen Hedgefonds-Milliardär mitfinanzierten Drahtzieher der Weltrebellion werben per monatlicher Beihilfe ungeniert „Aktivisten“ an.

Zu verlockend war wohl die Aussicht auf eine Alimentierung des eigenen Lebensentwurfs. Immerhin loben die Hintermänner des linksanarchistischen Netzwerks umgerechnet bis zu 450 Euro pro Woche für jeden aus, der ihrer Umsturzbewegung zum Erfolg verhelfen will und nachweist, dass er seine Lebenshaltungskosten nicht selbst tragen kann. Allein zwischen März und September 2019 gab die Organisation dafür über 400 000 Euro aus.

Das Geld fliesst reichlich, denn hinter dem Netzwerk stehen potente Financiers, deren Motive allerdings mitunter undurchsichtig scheinen. Es ist alles andere als eine Randnotiz, dass die von einem britischen Hedgefonds-Milliardär mitfinanzierten Drahtzieher der Weltrebellion durch ihre monatlichen Beihilfen zum Lebensunterhalt ungeniert „Aktivisten“ anwerben. Sie dürften auch die aufkeimende interne Unruhe schnell in den Griff bekommen, denn es ist mehr als genug Geld da, um eventuelle Kostenerstattungsansprüche Tausender zu Schadenersatz verurteilter Blockierer zu begleichen.

Weit unangenehmer ist da schon die aktuelle Rassismusdebatte, der sich Extinction Rebellion in Grossbritannien gegenüber sieht. Die Aufforderung an die Justiz, sich lieber um die täglichen Messerattacken in der britischen Hauptstadt zu kümmern, als friedliche Demonstranten zu verfolgen, werten andere Aktivisten aufgrund der hohen Betroffenheit schwarzer Jugendlicher als rassistisch. Fast ist man dankbar für den absurden Argumentationswettbewerb der NGOs.

Das Ganze ist allerdings bitterer Ernst. Von der derzeit noch überschaubaren Mitgliederzahl sollte man sich nicht täuschen lassen. Eine gefährliche Umsturzbewegung könnte schon bald ausser Kontrolle geraten.

Zuerst erschienen auf DIE LIBERALE WARTE von Ramin Peymani

Das aktuelle Buch von Ramin Peymani <Chronik des Untergangs – Ist es für uns wirklich erst 5 vor 12?> erhalten Sie auf Wunsch als signierte Ausgabe. <Hexenjagd – Der mündige Bürger als Feindbild von Politik und Medien und Das Grauen – Deutschlands gefährliche Parallelgesellschaft> gibt es ebenfalls im Buchhandel. <Spukschloss Deutschland> erhalten Sie als Ebook.

Dieser Beitrag stellt ausschliesslich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Sichtweise der Epoch Times Deutschland wiedergeben.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/extinction-rebellion-warum-uns-die-weltweite-umsturbewegung-sorge-bereiten-sollte-a3032405.html>

Extinction Rebellion-Aktion in Berlin

(Archiv) Extinction Rebellion stoppt Proteste –
Sputnik-Leser mehrheitlich gegen Aufstand© REUTERS / CHRISTIAN MANG
13:33 14.10.2019 Von Marcel Joppa



Strassenblockaden, Protestzüge und Kundgebungen – die Umweltbewegung Extinction Rebellion hatte eine Woche lang in Berlin und anderen Städten einen radikalen, aber gewaltlosen „Aufstand gegen das Aussterben“ organisiert. Dieser ist nun vorerst beendet. Unsere Wochenumfrage zeigt derweil: Den Sputnik-Lesern gingen die Proteste mehrheitlich zu weit.

Eine Woche lang hatten die Klima-Aktivisten der Umweltschutzgruppe Extinction Rebellion immer wieder Kreuzungen in Berlin friedlich besetzt. So unter anderem den Grossen Stern an der Siegessäule und den Potsdamer Platz. Die Protestler fordern unter anderem, dass die nationalen Regierungen sofort den Klimanotstand ausrufen. Doch nun ist die Rebellion in der Hauptstadt beendet, jedoch nur vorerst. Eine Sprecherin der Bewegung erklärte am 13. Oktober:

„Wir werden die massenhaften Blockadeaktionen mit Ablauf dieser Woche beenden, aber die Rebellion hat gerade erst begonnen.“

Der Grund: Jene, die sich zuvor um die Organisation von Material, Essen, Müllentsorgung, Kommunikation und Schlafplätze gekümmert hatten, stellten ihre Arbeit mit Ende der Aktionswoche ein. Immer wieder war angemerkt worden, wie gut die Aktivisten organisiert seien. Sie waren unter anderem mit einem professionellen Pressteam nach Berlin gekommen. Auch ein Rechtsschutz-Team gab es, das bei Auseinandersetzungen mit den Behörden aktiv werden konnte.

Die Proteste selbst sind bei den Sputnik-Lesern weniger gut angekommen. In unserer Wochenumfrage wollten wir wissen, was Sie von den Aktionen der Extinction Rebellion halten. Die Antworten fielen recht eindeutig aus: 52,1 Prozent der über 2800 Umfrageteilnehmer entschieden sich für die Antwortmöglichkeit „Das geht zu weit! Dagegen muss der Staat rigoros vorgehen!“. Die Demonstrationen waren nicht offiziell angemeldet worden, wurden von der Polizei aber geduldet.

„Extinction Rebellion“ in Berlin: Eindrücke aus dem Innenleben einer „radikalen“ Klimabewegung
Auf Platz zwei der Wochenumfrage landet mit 24,4 Prozent die Antwortmöglichkeit „Strassenblockaden und Rebellion bringen nichts und treffen die Falschen“. Ähnlich äusserte sich in der vergangenen Woche Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Der CSU-Politiker bezeichnete die Strassenblockaden als „unsäglich“. Am Rande einer Veranstaltung erklärte er:

„Sie blockieren frühmorgens Leute, die zu ihrer Arbeit fahren und die dafür sorgen, dass jeden Tag in Deutschland Wohlstand erwirtschaftet wird.“

Im Bundesverkehrsministerium werde jeden Tag aktiver Klimaschutz betrieben – mit Innovationen und mit Anreizen, so Scheuer.

Genau das bezweifeln die Umweltaktivisten allerdings. Sie kritisierten die Klimapolitik der Bundesregierung scharf und werfen ihr Untätigkeit vor. Unterstützt wird die Bewegung von Beginn an von einer Reihe von namhaften Wissenschaftlern, Intellektuellen und Prominenten. Auch 14,8 Prozent der Teilnehmer unserer Umfrage unterstützen die Ziele von Extinction Rebellion voll und ganz. Damit landet die Antwortmöglichkeit „Weiter so! Der Druck auf die Bundesregierung muss erhöht werden!“ auf Platz drei.

Zu den Unterstützern der friedlichen Rebellion gehört unter anderem Intellektuelle und Kritiker der US-Politik, Noam Chomsky. Auch in Deutschland gab es Anfang dieses Monats einen offenen Brief an die Bundesregierung, der von 90 Prominenten unterzeichnet wurde, darunter Schauspielerin Anna Loos, Christian Ulmen, Bela B, Rocko Schamoni und Bodo Wartke. Der Bewegung ist es bei ihren Protesten wichtig, gewaltlos und friedlich zu agieren. Das befürworteten auch 8,7 Prozent unserer Umfrageteilnehmer, sie haben sich für die Antwort „Demonstrieren ist gut, aber bitte alles im Rahmen des Gesetzes“ entschieden.

Extinction Rebellion – auf Deutsch in etwa: Rebellion gegen das Aussterben – kommt ursprünglich aus Grossbritannien. Nach eigenen Angaben gibt es die Gruppe seit November vorigen Jahres auch in Deutschland. Zwar sind die Protestaktionen in Deutschland vorerst gestoppt, neue Aktionen sind aber anscheinend in Planung. In einer Chatnachricht der Bewegung heisst es zuletzt:

„Hebt euch eure guten Ideen für die kommenden Zeiten auf, denn unsere Rebellion wird ein Marathon, kein Sprint.“

Die Umweltschutzgruppe habe nach eigener Einschätzung mit ihren Aktionen deutschlandweit viele Bürger für die Gefahr einer ökologischen Krise sensibilisiert. Hunderte Menschen hatten sich zuletzt in Berlin an den Protesten beteiligt.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/panorama/20191014325856415-extinction-rebellion-stoppt-proteste/>

US-Präsident kritisiert US-Kriege mit deutlichen Worten

11:32 14.10.2019 Von Karl-Jürgen Müller

US-Präsident Donald Trump hat erklärt: US-Kriege im Nahen Osten war die „schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde“.

Am 9. Oktober 2019 um 2:14 Uhr am Nachmittag hat der US-amerikanische Präsident mit einer bedeutenden Twitter-Nachricht auf die Vorwürfe gegen seinen Beschluss, die US-Truppen aus dem Norden Syriens zurückzuziehen, reagiert.

In dieser Nachricht war zu lesen:

“The United States has spent EIGHT TRILLION DOLLARS fighting and policing in the Middle East. Thousands of our Great Soldiers have died or been badly wounded. Millions of people have died on the other side. GOING INTO THE MIDDLE EAST IS THE WORST DECISION EVER MADE IN THE HISTORY OF OUR COUNTRY! We went to war under a false & now disproven premise, WEAPONS OF MASS DESTRUCTION. There were NONE! Now we are slowly & carefully bringing our great soldiers & military home.”

In deutscher Übersetzung heisst das:

“Die Vereinigten Staaten haben 8 Billionen Dollar für den Kampf und für die Polizeiaufgaben im Nahen Osten ausgegeben. Tausende unserer grossartigen Soldaten sind gestorben oder wurden schwer verwundet. Millionen von Menschen sind auf der anderen Seite gestorben. In den Nahen Osten zu gehen, ist die schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde. Wir zogen unter einer falschen und jetzt widerlegten Prämisse in den Krieg, den Massenvernichtungswaffen. Es gab keine. Nun bringen wir unsere grossartigen Soldaten und unser Militär langsam und vorsichtig nach Hause.”

In den Tagen nach dieser Twitter-Nachricht haben ein paar englischsprachige Medien, zum Beispiel die “Washington Post”, diese Mitteilung des Präsidenten zitiert, in der Regel aber mit scharfer Kritik am Präsidenten verbunden. In deutschsprachigen Medien war es bislang wohl alleine die Internetseite von RT-Deutsch, die am 11. Oktober berichtete und kommentierte.

Das ist (leider nicht) erstaunlich, sind die Aussagen von Donald Trump doch eine Sensation – und eigentlich müssten sie eine radikale Wende in der Weltpolitik einleiten. Nicht der Inhalt der Aussagen ist sensationell. Die Analyse der US-Kriege im Nahen Osten ist bei denen, die sich kritisch damit befassen, schon lange bekannt. Sensationell ist die Tatsache, dass diese Aussagen vom amtierenden US-Präsidenten kommen. Das hat es seit 2003 von keinem US-Präsidenten gegeben – und auch von keinem Regierungsverantwortlichen der US-Bündnispartner in Europa.

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte – als er nicht mehr Kanzler war – vor ein paar Jahren eingestanden, dass der Angriffskrieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien während seiner Kanzlerschaft und unter deutscher Beteiligung im Jahr 1999 völkerrechtswidrig war. Darüber wird bis heute von den Verantwortlichen in der Nato hinweggegangen – obwohl Schröders Aussage stimmt und Konsequenzen für die Verantwortlichen folgen müssten. Bislang Fehlanzeige! Obwohl seit 1999 die Büchse der Pandora geöffnet ist.

Ob die aktuellen Aussagen des US-Präsidenten Konsequenzen haben werden, bleibt abzuwarten. Sich darauf berufen aber kann nun jeder, dem der Wahnsinn der US-amerikanischen und der Nato-Kriege der vergangenen Jahre schon lange Zeit aufgestossen ist und der immer wieder auf dieses Unrecht und die damit verbundenen Opfer und Zerstörungen aufmerksam gemacht hat. Die Aussagen von US-Präsident Donald Trump sollten auf grossen Plakaten in jeder Stadt und in jedem Dorf eines jeden Nato-Staates

aufgehängt werden. Und in jeder Stadt und in jedem Dorf jedes Landes im Nahen Osten. Und in jeder Stadt und in jedem Dorf aller Länder dieser Welt.

Wie wollen wir unsere Zukunft gestalten? Weiter wie in den vergangenen Jahren, immer weiter in Richtung Abgrund und Krieg? Oder in der Erkenntnis, dass jede Entscheidung eines jeden Landes für den Weg in den Krieg für jedes Land die «schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde», sein würde?

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20191014325855723-trump-kritisiert-us-kriege/>

Das Erfolgsmodell Schweiz ist gefährdet



EU-No-Newsletter, News | 17. Oktober 2019

Die Schweiz steht für Freiheit und Unabhängigkeit. «Schweiz» ist aber auch eine Marke und Sinnbild für eine funktionierende Wirtschaft mit guten Rahmenbedingungen. Bisher haben wir diese Werte mit einem freiheitlichen Selbstverständnis verteidigt. Dazu gehört unsere direkte Demokratie aber auch unsere gelebte Sozialpartnerschaft. Diese Vorteile sind aber nun mit dem Rahmenabkommen ernsthaft gefährdet.

Modell Schweiz in Gefahr

Das «Erfolgsmodell Schweiz» ist mit seiner stabilen Politik, der prosperierenden Wirtschaft und dem Wohlstand weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt und begehrt. Viele Länder beneiden uns um unsere guten Rahmenbedingungen. Unser föderales, wirtschaftsfreundliches und auch soziales System ist aber mit dem Rahmenabkommen in Gefahr.

Die Schweiz hat über Jahrzehnte eine starke soziale Partnerschaft zwischen Arbeitgeber und -nehmer entwickelt. So haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem engen Verhältnis Sozialwerke und attraktive Arbeitsbedingungen ermöglicht. Ein hohes Lohnniveau ist eine daraus resultierende Errungenschaft, die unser Land für Fachkräfte attraktiv macht. Um diese Bedingungen auch langfristig aufrecht zu erhalten, wurde darauf geschaut, dass der Arbeitsmarkt freiheitlich und bürokratisch schlank gehalten wird. Der Lohnschutz infolge Personenfreizügigkeit ist dabei ein Kompromiss. Mit einem Rahmenabkommen würde dies jedoch untergraben. Arbeitgeber und -nehmer sind dann bürokratischen Top-down-Entscheidungen ausgesetzt. Die EU und der EU-Gerichtshof würden über die Schweiz bestimmen.

Verbündete in der EU

Spannenderweise steht die Schweiz in dieser Hinsicht nicht allein gegen die EU. Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, setzt sich sogar tatkräftig ein, dass die EU ihre Gangart gegenüber der Schweiz zügelt. Er beneidet die Schweiz für die flankierenden Massnahmen und findet diese auch richtig. Er sieht das Erfolgsmodell Schweiz sogar in der Vorbildfunktion für die EU:

«[...]Brüssel sollte sich ein Vorbild an der Schweiz nehmen, anstatt den Lohnschutz zu schwächen.[...]»

Warum aber die EU so restriktiv gegen die Schweiz vorgeht und den Arbeitnehmerschutz nicht anerkennt, bleibt einem der obersten EU-Gewerkschafter schleierhaft. Zum Rahmenabkommen äussert er sich wie folgt:

«[...] Die Verhandlungen zum Rahmenabkommen sind faktisch auf Eis gelegt. [...]»

Es ist zu hoffen, dass die Schweizer Gewerkschaften in ihrer berechtigten Haltung gegenüber dem fremden Recht und fremden Richtern konsequent bleiben und sich nicht in das Ja-Lager einkaufen lassen.

Quelle: <https://eu-no.ch/das-erfolgsmodell-schweiz-ist-gefaehrdet/>

Eurostat – 109 Millionen EU-Bürger leben in Armut

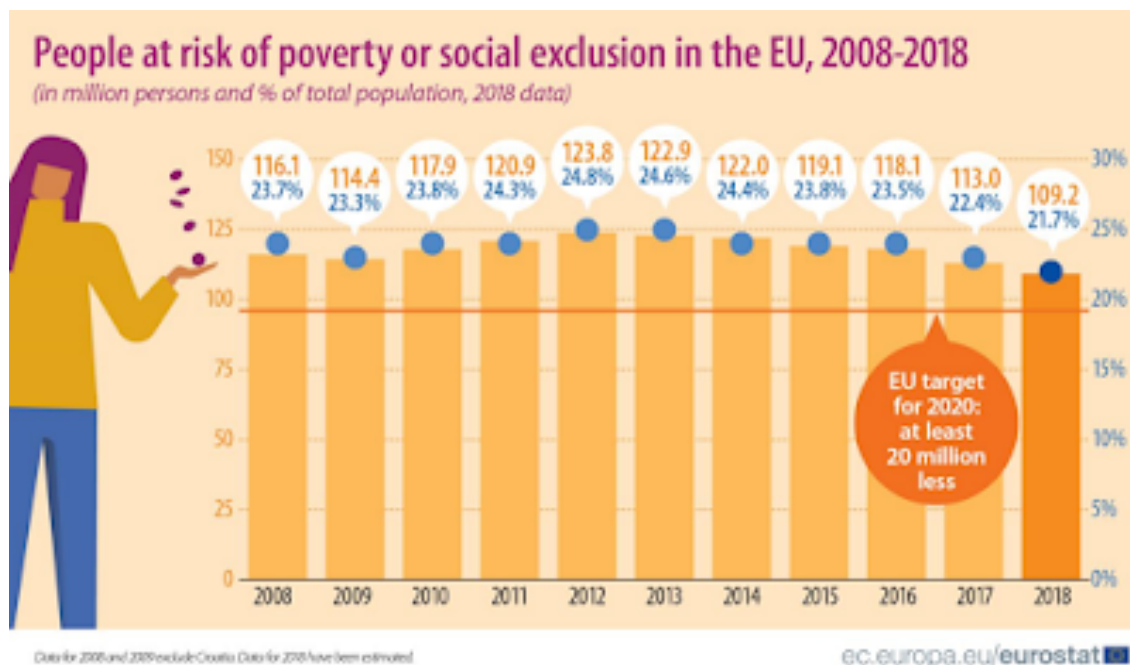
Donnerstag, 17. Oktober 2019 , von Freeman um 09:00

Anlässlich des sogenannten "Tripartite Social Summit" in Brüssel am Mittwoch und internationaler Tag zur Beseitigung der Armut, hat Eurostat die Zahl der Menschen, die in der EU an der Armutsgrenze leben und dahinvegetieren, veröffentlicht. Im Jahr 2018 waren 109,2 Millionen Menschen oder 21,7 Prozent der Bevölkerung in der Europäischen Union von Armut bedroht oder litten unter sozialer Ausgrenzung.



Das bedeutet, dass die betroffenen Menschen in mindestens eine der folgenden drei Kriterien fallen: Armutgefährdet trotz Erhalt von Sozialleistungen (Einkommensarmut), schwere materielle Benachteiligung oder Leben in Haushalten mit sehr geringer Arbeitsmöglichkeit.

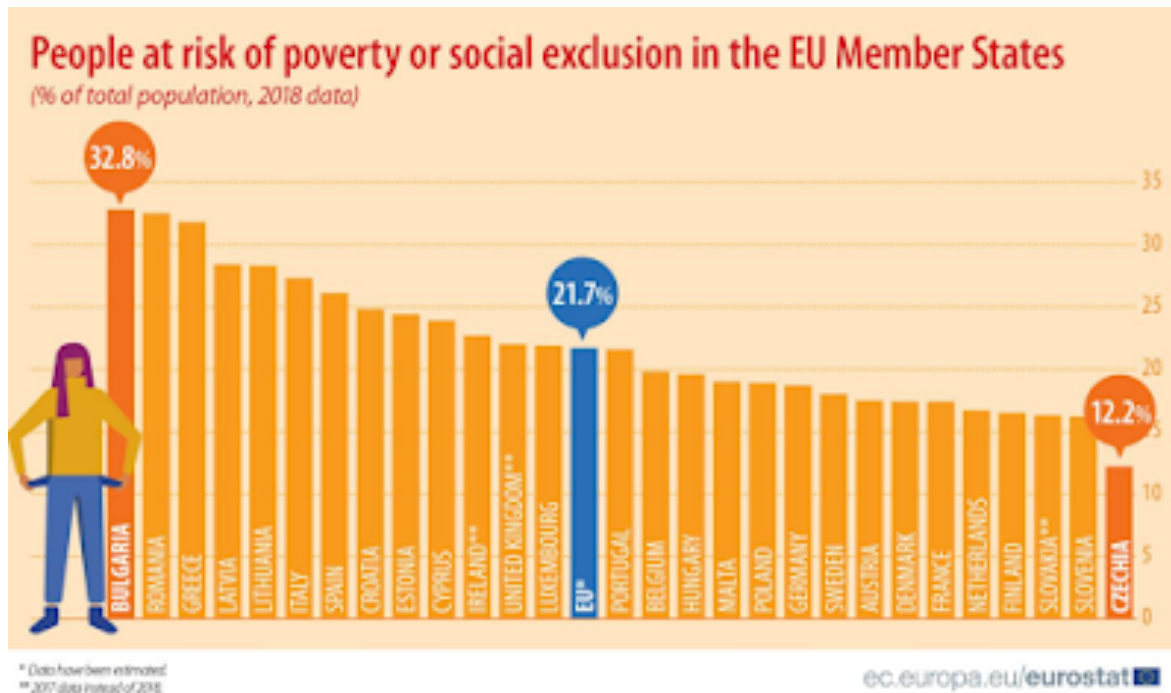
Nach drei aufeinander folgenden Jahren des Anstiegs zwischen 2009 und 2012 auf fast 25 Prozent oder 124 Millionen ist der Anteil der gefährdeten Personen von Armut oder sozialer Ausgrenzung in der EU seither kontinuierlich auf 21,7 Prozent im vergangenen Jahr gesunken.



Aber immerhin, 109 Millionen ist mehr als happig, denn 21,7 Prozent ist nur der EU-Durchschnitt. Es gibt Mitgliedsländer wie Bulgarien, wo fast 33 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen sind. Am niedrigsten ist die Armut in Tschechien mit 12,2 Prozent.

Erstaunlicherweise verzeichnet ausgerechnet Luxemburg den höchsten Anstieg an Armut, von 15,5 Prozent 2008 auf 21,9 Prozent 2018. Was ist denn dort los, dass die Menschen in den vergangenen 10 Jahren ärmer geworden sind?

Im Kontrast hat sich die Armut in Bulgarien von sagenhaften 44,8 Prozent 2008 auf 32,8 Prozent 2018 reduziert. Wenigstens ein kleiner Erfolg, aber immer noch viel zu hoch, wo doch die EU-Turbos immer damit werben, kommt in die EU und erlebt das Paradies.



Deutschland liegt dabei nahe am EU-Durchschnitt mit knapp unter 20 Prozent der Bevölkerung an der Armutsgrenze. Wie lautete Merkels CDU Wahlwerbung aus 2017? "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben." Ein Grossteil eben nicht!



Ein ASR-Leser aus Deutschland hat mir berichtet, sie bekämen als Ehepaar nicht ganz 900.– Euro Rente pro Monat. Davon könnten sie nicht die Miete und die Lebenshaltungskosten zahlen. Ohne einen Nebenverdienst ginge es nicht.

Ausserdem muss man als Rentner die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen. Neben diesen Beiträgen fallen zudem Steuern auf die Rente an, wenn diese über dem jährlichen Grundfreibetrag von 9168.– Euro liegt.

Laut einer Statistik der Deutschen Rentenversicherung erhielten männliche Rentner Ende 2017 durchschnittlich 1'095 Euro, wenn sie in einem der alten Bundesländer lebten. In den neuen Bundesländern lag die Durchschnittsrente hingegen bei 1'198 Euro im Monat.

Rentenberechtigte Frauen bekamen in den alten Bundesländern eine durchschnittliche Rente von 622.– Euro, während der Rentendurchschnitt der Rentnerinnen in den neuen Bundesländern bei 928 Euro lag. Ich selber bekomme eine Rente (AHV) aus der Schweiz von 1'170 Franken pro Monat, obwohl ich mein ganzes Arbeitsleben einbezahlt und drei Kinder grossgezogen habe, die einzahlen. Dieser Betrag ist ein Witz, denn so viel kostet eine kleine Wohnung an Miete.

Das ist übrigens auch einer der Gründe, warum ich die Schweiz verlassen musste. Mit diesem für die Schweiz lächerlichen Betrag kann man aber in Abchasien einigermaßen auskommen.

Ja die EU mischt sich überall ein, exportiert die sogenannten "europäischen Werte", will als Nimmersatt noch mehr gescheiterte Länder einverleiben, wie Georgien und die Ukraine, dabei kann sie nicht mal in der bestehenden Grösse die Armut erheblich reduzieren.

Aber wir haben doch eine "blühende" Wirtschaft die brummt, erzählen uns die Medien und Politiker. Wie sieht es erst aus, wenn die Rezession greift und eine Depression folgt???

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/10/eurostat-109-millionen-eu-burger-leben.html#ixzz639wmMGto>

Bayerns Kultusminister bricht das Gesetz



Bild: pixabay / nikolayhg | Pixabay-Lizenz

Das Deutsche als Wissenschaftssprache ist in Gefahr, besonders wenn seine politischen Vertreter nicht dafür eintreten. Mehr als 90 Prozent der Veröffentlichungen entfallen mittlerweile auf die englische Sprache, die Nachweis-Datenbanken sind rein englisch. Durch ein erzwungenes „Academic pidgin English“ sinkt erwiesenermaßen das Niveau in den Seminaren. Untersuchungen in mehreren europäischen Ländern kommen zu dem Ergebnis, dass das Verständnis und der Inhalt der wissenschaftlichen Lehre verflachen, wenn Englisch die Unterrichtssprache wird.

Bisher konnte nur durch den massiven Widerstand von Wissenschaftlern und von den Vertretern des ADAWIS verhindert werden, dass das Studium in Deutschland vom ersten bis zum letzten Semester in englischer Sprache erfolgen darf. So waren in Bayern englischsprachige Bachelorstudiengänge nur möglich, wenn es sich um einen sogenannten Zwillingsstudiengang zu einem bereits bestehenden deutschsprachigen handelte. Dies soll sich nun ändern: Kultusminister Bernd Sibler rät den bayerischen Hochschulpräsidenten in einem Brief dazu, möglichst bald rein englischsprachige Bachelorstudiengänge einzuführen. Die gesetzliche Grundlage dafür will er später schaffen. Das ist eine Aufforderung zum offenen Rechtsbruch. Josef Kraus dazu auf „Tichys Einblick“: „Wenn sie seiner ‚Erlaubnis‘ folgen, handeln sie auf eigene Gefahr, und der Minister selbst verletzt seine Amtspflichten in der Rechtsaufsicht über die Hochschulen.“ (tichyseinblick.de, adawis.de) Quelle: VDS – Verein Deutsche Sprache Infobrief vom 18.10.2019

Nordamerika

"Königin der Kriegstreiber" – Tulsi Gabbard antwortet auf Hillary Clintons Vorwürfe

19.10.2019 • 17:33 Uhr

Die demokratische US-Abgeordnete Tulsi Gabbard beschuldigte Hillary Clinton, hinter einer "konzertierten Kampagne" zu stecken, um ihren Ruf zu zerstören. Gabbard forderte Clinton auf, an den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl 2020 teilzunehmen, statt sich zu verstecken.



"Königin der Kriegstreiber" – Tulsi Gabbard antwortet auf Hillary Clintons Vorwürfe

Quelle: Reuters © Reuters / Scott Morgan <https://de.rt.com/20an>
Die demokratische Kongressabgeordnete für Hawaii Tulsi Gabbard
und die ehemalige US-Aussenministerin Hillary Clinton.

Die Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard (Hawaii) hat Hillary Clinton beschuldigt, hinter einer "konzertierten Kampagne" zu stehen, um ihren Ruf zu zerstören, und sie aufgefordert, das Versteckspiel zu beenden und offen an den Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen 2020 teilzunehmen.

Zuvor hatte die ehemalige US-Aussenministerin die gewagte These in Umlauf gebracht, dass Russen die Kongressabgeordnete Gabbard als Kandidatin 2020 aufbauen. Ausserdem behauptete Clinton, dass die Kandidatin der Grünen von 2016, Jill Stein, ebenfalls ein russischer Trumpf sei.

Gabbard wiederum warf Clinton vor, bewusst ihren Ruf diskreditieren zu wollen, und nannte sie "Königin der Kriegstreiber".

Grossartig! Danke, Hillary Clinton", twitterte Gabbard am Freitagnachmittag. "Sie, die Königin der Kriegstreiber, Verkörperung der Korruption und Verkörperung der Fäulnis, die die Demokratische Partei so lange krank gemacht hat, sind endlich hinter dem Vorhang hervorgekommen."

Great! Thank you @HillaryClinton. You, the queen of warmongers, embodiment of corruption, and personification of the rot that has sickened the Democratic Party for so long, have finally come out from behind the curtain. From the day I announced my candidacy, there has been a ...

Seit dem Tag, an dem ich meine Kandidatur ankündigte, hat es eine konzertierte Kampagne gegeben, um meinen Ruf zu zerstören. Wir fragten uns, wer dahintersteckt und warum. Jetzt wissen wir es – es waren immer Sie, durch Ihre Stellvertreter und mächtigen Verbündeten in den Konzernmedien und der Kriegsmaschine, die Angst vor der Bedrohung haben, die ich darstelle", fügte Gabbard hinzu.

In einem Interview hatte Clinton behauptet, dass Moskau sich um jemanden gekümmert habe, der derzeit am Wahlkampf der Demokratischen Partei beteiligt ist.

Sie ist die Favoritin der Russen, sie haben viele Websites und Bots und andere Möglichkeiten, sie zu unterstützen", meinte Clinton.

Die Vorwahlkandidatin für die Präsidentschaftswahl 2020 reagierte schnell auf die Vorwürfe und sagte, dass es Clinton war, die hinter der Schmutzkampagne stand, die am ersten Tag nach Gabbards Kandidatur begann.

Gabbard bemerkte auch, dass Clinton und die Kampagne für Menschenrechte, die Clinton während der Wahlen unterstützte, "Verschwörungstheorien verbreiten, um ihr Scheitern zu rechtfertigen", anstatt die wahren Ursachen für die Niederlage der Präsidentschaftskandidatin Clinton zu bedenken.

Sie fügte hinzu, diese Vorwahl sei eine zwischen ihr und Clinton, und forderte die frühere Aussenministerin und First Lady heraus:

Verstecken Sie sich nicht feige hinter Ihren Stellvertretern. Nehmen Sie direkt am Rennen teil.

Während der Kampagne 2016 trat Gabbard als stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Nationalkomitees zurück (DNC), nachdem sie Bernie Sanders als Präsidentschaftskandidaten der Partei unterstützt hatte.

Clinton hingegen stach Sanders aus, hauptsächlich wegen der Unterstützung durch nicht rechenschaftspflichtige "Superdelegierte". Später stellte sich heraus, dass ihre Kampagne das DNC vollständig übernommen hatte – worauf Gabbard mit der "Fäulnis, die die Demokratische Partei so lange krank gemacht hat", angespielt haben könnte.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/nordamerika/93695-koenigin-der-kriegstreiber-tulsi-gabbard-antwortet-auf-hillary-clintons-vorwuerfe/>

Auszug aus dem 663. Gesprächsbericht zwischen Ptaah und Billy vom 6. November 2016

Billy ... Was ich nun aber fragen will: Du hast mir ja vor geraumer Zeit gesagt, dass in den USA die jemals primitivste Wahlschlacht um die US-Präsidentschaft glücklicherweise so entschieden werde, dass das Gros der US-Bevölkerung das kleinere Übel wähle, wodurch ein Weltkrieg vermieden werde. Darüber soll ich jedoch schweigen, weil die «Wände im Center Ohren hätten», folglich alles in die Welt hinausgetragen und damit auch nach US-Amerika getragen würde, was nicht gut wäre und das Wahlgeschehen in negativer Weise beeinflussen könnte, wenn gewisse Elemente dahinter kämen, dass die Clinton wahlmässig «abgesägt» wird und Trump ans Ruder kommt.

Ptaah Es wäre wirklich gefährlich gewesen, wenn du etwas erzählt hättest, denn es wäre in gewissen inneren Regierungskreisen und in bestimmten Geheimdiensten sehr unerfreulicher und gefährlicher Aufruhr entstanden, wenn diese davon erfahren hätten, was ich dir anvertraute. Es wären Wahlmanipulationen sondergleichen entstanden, wie aber auch lebensgefährliche Angriffigkeiten gegen Trump, und zwar in geheimdienstlicher Weise wie auch aus den Reihen demokratischer Fanatiker. Von seiten der Republikaner-Partei hätte er keine Hilfe erhalten, obwohl er dieser angehört, jedoch, wenn ich meine Meinung zu seinem Verhalten offenlegen will, sagen muss, dass er eigentlich eine eigene Partei vertritt, eben die seine, also sozusagen seine eigene Einmann-Partei. Wie du ihn richtig beurteilt hast, ist er zumindest als Wahlkämpfer in seinen Wahlkampfmotiven chaotisch und ein Katastrophenmensch. Doch dazu muss ich aber sagen, dass er sonst gutgesinnt und nicht arg ist, auch in bezug auf Russland und Putin, mit denen er in ehrlicher Weise ein friedliches politisches, militärisches und wirtschaftliches Einvernehmen anstreben will. Dies im Gegensatz zu Clinton, die hinterhältige und böse Kriegsgedanken hegt gegen Russland und daher erstens in Syrien militärische Aktionen gegen die dort kämpfenden russischen Militärs und auch gegen Russland selbst kriegsmässig Angriffe durchführen will. **Eine Tatsache in bezug auf ihre Angriffsgedanken, die sie als Putin- und Russlandfeindin schon lange hegt und auch verwirklichen will. Und würde sie die Präsidentschaftswahl gewinnen, dann wäre ein Atomkrieg unvermeidlich.** ...

Chinas Verteidigungsminister bringt es auf den Punkt: USA zetteln weltweit Farbrevolutionen an

Sott.net. Mo, 21 Okt 2019 17:21 UTC

Mit scharfen Worten hat der chinesische Verteidigungsminister in einer Rede in Peking die von den USA angezettelten Farbrevolutionen auf der ganzen Welt kritisiert und diese Aktionen zu Recht als die Hauptursache von Krieg und Unruhen auf unserem Planeten beim Namen genannt. Zwar erwähnte er nicht explizit Amerika, vom Kontext der derzeitigen Situation betrachtet ist jedoch klar, dass es sich hierbei nur um die USA handeln kann.

Wei Fenghe © Reuters

Wei Fenghe bei seiner Rede am Montag in Peking

Der chinesische Verteidigungsminister hat die USA scharf kritisiert. In einer Rede in Peking erklärte Wei Fenghe, die Einmischung in innere Angelegenheiten, Farbrevolutionen sowie die Politik des Regime Change seien die wahren Ursachen für Krieg und Unruhen in der Welt.

Der chinesische Verteidigungsminister Wei Fenghe hat den USA vorgeworfen, Farbrevolutionen in anderen Ländern anzuzetteln und eine "Taktik des langen Armes" einzusetzen, um sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen.

Wei Fenghe betonte darüber hinaus, dass sich China nicht einschüchtern lassen wird.

Auf dem Xiangshan-Forum, der alljährlich stattfindenden chinesischen Sicherheits- und Verteidigungskonferenz, erklärte Wei am Montag, dass Nationen ihre Differenzen durch Dialog und gegenseitigen Respekt beilegen sollten. China werde ausländischem Druck nie nachgeben. Wörtlich sagte Wei:

"Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder, Anstiftung zu Farbrevolutionen oder sogar Versuche, die legitimen Regierungen anderer Länder zu stürzen, sind die wahren Ursachen von Kriegen und Unruhen in verschiedenen Regionen der Welt."

Mit einem grossen Knüppel kann man keine Probleme lösen.

Wei verurteilte Grossmächte, die mit dem "grossen Knüppel" aufträten und Sanktionen verhängten, um "maximalen Druck" auf andere Länder auszuüben:

"Wenn man den grossen Knüppel schwingt oder auf die "Taktik des langen Armes" zurückgreift, kann man keine Probleme lösen. Und mit Sanktionen erzielt man nie Ergebnisse. Das chinesische Volk lässt sich nicht einschüchtern, wir haben keine Angst."

Quelle: <https://de.sott.net/article/33832-Chinas-Verteidigungsminister-bringt-es-auf-den-Punkt-USA-zetteln-weltweit-Farrevolutionen-an>

Video: Assange nach Gerichtssitzung im Polizeiauto gefilmt

Sott.net. Mo, 21 Okt 2019 16:55 UTC

Mittlerweile ist mehr als ein Jahr vergangen, seitdem Wikileaks-Gründer Julian Assange verhaftet wurde. Von Anfang an war klar, dass es sich sowohl bei seiner Verhaftung als auch bei seinem vorherigen sieben-jährigen Zwangsaufenthalt in der ecuadorianischen Botschaft in London um eine bewusste Einschüchterungskampagne gehandelt hat, bei der an Assange ein Exempel statuiert wurde. Diese sollte jedem Menschen auf diesem Planeten unmissverständlich klarmachen, wo man enden kann, sollte man es wagen, sich für die Wahrheit einzusetzen und die gewissenlosen Machenschaften in den höchsten Kreisen der Macht zu entblößen. Die Verhaftung von Assange ist eine Warnung aus der Geschichte, wie es John Pilger so treffend formulierte.



Julian Assange

Nach Monaten der Stille um den Zustand des zu Unrecht verhafteten Wikileaks-Gründers wurde Assange nach der Gerichtssitzung in London zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit gesichtet.

Sputnik zeigt das exklusive Video mit dem Wikileaks-Gründer Julian Assange nach der Gerichtssitzung in London. Die Verteidigung von Assange hatte das Gericht um eine Verschiebung der Anhörung gebeten, bekam jedoch eine Absage.

Dem Whistleblower droht eine Auslieferung an die USA. Viele Besucher und Unterstützer von Assange wohnten der Sitzung bei, darunter auch der Ex-Bürgermeister von London Ken Livingstone.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33831-Video-Assange-nach-Gerichtssitzung-im-Polizeiauto-gefilmt>

Der Offenbarungseid

von Bernhard Trautvetter / Dienstag, 22. Oktober 2019, 14:00 Uhr

Erdogans Angriff auf die Kurden in Syrien zeigt, dass die NATO nie eine Wertegemeinschaft, sondern stets ein Instrument der Kolonialisierung war.



Foto: Bumble Dee/Shutterstock.com

Man vergisst es leicht, wenn man die aggressive Rhetorik des türkischen Präsidenten gegenüber europäischen Politikern hört: Die Türkei ist Teil der NATO, sie gehört zu „uns“. Was derzeit stattfindet, ein völkerrechtswidriger Übergriff auf das Staatsgebiet Syriens und schwere Menschenrechtsverletzungen an den Kurden, wird zwar nicht von allen NATO-Partnern gelobt, ernsthafte Konsequenzen muss Erdogan jedoch nicht befürchten. Sein Übergriff hatte eine lange Vorlaufzeit, offene Regime-change-Versuche der USA und anderer Verbündeter. Es scheint sich nur deshalb niemand mehr aufzuregen, weil dergleichen längst zum Markenzeichen der westlichen „Wertegemeinschaft“ geworden ist.

Mit dem türkischen Krieg gegen die Kurden im Nachbarstaat Syrien offenbart sich die Unglaubwürdigkeit westlicher Propaganda und Kriegsstrategie so glasklar wie lange nicht mehr. Die Situation erinnert an den Vietnamkrieg, in dem die Weltöffentlichkeit den USA nicht mehr abnahm, dass sie dort irgendwelche humanen beziehungsweise demokratischen Werte gegen ihren Feind im Osten, also die Sowjetunion und China, verteidigten. Darum ging es bei den westlichen Kriegen nie. Es ging und geht um Ressourcen, Machteinfluss und einfach Geld, also um Interessen der US-Konzerne, nicht nur in der Rüstungsindustrie. Das propagandistische Gerede von der NATO als Wertegemeinschaft kann nicht die menschlichen Werte der UN-Charta meinen, denn es geht knallhart um Profitraten.

Zur Vorgeschichte der Aggression der Türkei gegen Syrien gehören viele Wegmarken von Kräften, die jetzt den Eindruck erwecken, sie waschen ihre Hände in Unschuld und seien Gegner des Kriegs. Dabei werden sie die Geister nicht los, die sie selber gerufen haben.

Die NATO positioniert sich im Angesicht der türkischen Aggression gegen den Nachbarstaat Syrien wachweich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, sodass die Türkei sich ermutigt sehen kann: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, er habe „Bedenken hinsichtlich einer Destabilisierung der Region“ und die Regierung gebeten, „zurückhaltend zu agieren“. Er betonte, die Türkei sei ein wichtiger Partner und die NATO der Sicherheit der Türkei verpflichtet (1).

Kein Wunder, die Türkei ist geografische so etwas wie ein Flugzeugträger der NATO in ihrer Globalstrategie gegenüber Russland, den Golfstaaten, dem Iran, dem Irak, Afghanistan und so weiter, nicht nur im Hinblick auf Syrien.

Die Vorgeschichte dieses Krieges greift Jahrzehnte zurück, wie folgende Worte des Nahostexperten Michael Lüders offenbaren: „Das fängt an beim ersten Militärputsch, den der amerikanische Geheimdienst CIA 1949 in Syrien durchgeführt hat. Hintergrund war, dass die damalige Regierung in Damaskus dem Bau einer transarabischen Öl-Pipeline nicht zugestimmt hat. Nach dem Putsch hat die nächste Regierung den entsprechenden Vertrag dann unterschrieben.

Zwei weitere Putschversuche Washingtons in Syrien gab es in den 1950er-Jahren, daher die enge Anbindung von Damaskus an Moskau. Bereits kurz nach Beginn den Unruhen in Syrien 2011 hat es erste Waffenlieferungen an die Aufständischen gegeben, zunächst aus Libyen, dann aus verschiedenen Ländern über die Türkei. Ein wichtiger Drahtzieher dabei war die CIA. Den meisten Aufständischen geht es nicht um Demokratie, in ihrer grossen Mehrheit stammen sie aus dem Umfeld von Al-Kaida und seinen syrischen Ablegern“ (2).

Allerdings ist auch Deutschland federführend an der brandgefährlichen und völkerrechtswidrigen Aktion des NATO-Staates Türkei beteiligt. Schon allein deshalb, weil die Türkei bei ihrem Überfall auf Syrien deutsches Militärgerät unter anderem von Unimog/Mercedes einsetzt (3).

Das US-Aussenministerium finanzierte Anfang 2012 ein von der regierungsnahen Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik koordiniertes und anfangs mit einer Nachrichtensperre belegtes Projekt mit dem Titel „Day After“. Das beinhaltet Szenarien, in denen syrische Oppositionskräfte – teils verbündet mit Jihadisten – gegen Baschar al-Assad kämpfen. Es ging um konkrete Pläne für ein Syrien ohne seinen Präsidenten Assad und für eine künftige wirtschaftliche Ordnung mit möglichen, neu aufzubauenden Führungspersonen, teils aus den Reihen der Miliz der „Freien Syrischen Armee“. Die Bundesregierung unterstützte dieses Vorhaben unter anderem „bei der Visumbeantragung und -vergabe“ (4), insbesondere für Jihadisten, die sogenannten Freunde Syriens und die Miliz der sogenannten Freien Syrischen Armee.

Dieses Projekt, die daran Beteiligten sowie die daraus folgenden Aktivitäten im syrischen Krieg – all das stellt eine Reihe von Verletzungen der Souveränitätsrechte eines UNO-Staates dar und ist somit völkerrechtswidrig. Für diese Bewertung ist es unerheblich, ob der Präsident Syriens ein Diktator ist oder nicht. Die Kräfte, die das Völkerrecht durch das Unrecht des Stärkeren ersetzen, wenden doppelte Standards an und picken sich für ihre Strategie und Propaganda diejenigen heraus, gegen die sie vorgehen.

Leider gilt das auch für einige alternative Kräfte aus dem Spektrum bis in die Grüne Partei hinein, deren Politiker Ferhad Ahma die Unterstützung der militärischen Kräfte in Syrien einforderte, obwohl sie auch Jihadisten aus dem Al Kaida-Umfeld umfassten (5).

Damit haben sie nicht nur Völkerrechtsverletzungen das Wort geredet, sondern auch der westlichen Globalstrategie in die Hände gespielt: Der weltweit anerkannte Friedensforscher Johan Galtung analysierte 1999 in seinen Arbeiten zum Kalten Krieg II (6) die westliche Globalstrategie und nannte damals schon

folgende „Rogue States“ (Schurkenstaaten), gegen die sich ein künftiger Krieg richten werde: Libyen, Syrien, Irak und Iran (7).

So erklärt sich die Doppelzüngigkeit des Westens, der auf die Energieressourcen der Region schießt.

Doch gibt es nicht nur Gegnerschaften, sondern auch Bündnispartner wie der NATO-Staat Türkei. Dazu äusserte sich Michael Lüders in einer informativen Betrachtung der Entwicklung im Zusammenhang mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK im Deutschlandfunk wie folgt:

„Die PKK hat einen Wandel vollzogen von einer Terrororganisation in der Vergangenheit hin zu einer politischen Partei, die sie mehr und mehr geworden ist, und wir wollen nicht vergessen, dass ja auch die Bundesregierung einen sehr pragmatischen Umgang mit der PKK pflegt. Offiziell gilt die PKK in Deutschland, in der Europäischen Union als Terrororganisation, aber, wie wir wissen, liefert die Bundesregierung Waffen an die Kurden im Norden des Irak, die sogenannten Peschmerga. Die eigentlichen Kämpfer gegen den Islamischen Staat in Syrien und im Irak sind aber vor allem Kämpfer der PKK, die also indirekt Waffen auch aus Berlin erhalten“ (8).

Inzwischen patrouillieren russische und syrische Militärpolizisten in Städten Nordsyriens, in denen noch vor Tagen US-Truppen präsent waren.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die gesamte westliche Militärpropaganda, nach der die NATO die Wertegemeinschaft sei und die anderen die Bösen, als reine Fiktion.

Auch die antirussische NATO-Propaganda und die sie stützenden Kräfte fällt so aufs Neue in sich zusammen: Unter Verweis auf die Ukraine, in der der Westen Russland die Verantwortung für die Konflikte und Gewalt zuschreibt, wird die gesamte Aufrüstungs- und Eskalationspolitik, inklusive der Atomrüstung und der Militarisierung der EU sowie der Bereitstellung einer sogenannten NATO-Speerspitze an der russischen Westgrenze, legitimiert (9). Ebenso werden die von der Rüstungsindustrie geforderten zwei Prozent der Wirtschaftsleistung der NATO-Staaten vor allem mit der Ukraine begründet, die das Ende der Friedensdividende markiere (10).

Nun befreit ein NATO-Partner auch mit Hilfe syrischer Terrormilizen ISIS-Kämpfer, tötet Kurden in ihren Wohngebieten, will ein Gebiet im Nachbarland Syrien erobern, um dort die kurdische Bevölkerung zu vertreiben und dann durch syrische Flüchtlinge zu ersetzen. Diese Völkerrechtsverbrechen nennt der türkische Präsident propagandistisch „Quelle des Friedens“, unterstützt wird er von syrischen Milizen, die aus der „Freien Syrischen Armee“ hervorgegangen sind.

„Für seine Invasion ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine (...) Allianz mit syrischen Rebellen eingegangen. Das Bündnis besteht grossteils aus Islamisten und Salafisten. (...) Zahlreiche (...) Kämpfer (...) waren früher Mitglieder der Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger des Terrornetzwerkes Al Kaida. Die Miliz ist eine von vielen, die unter dem Dach der Syrischen Nationalarmee (SNA) vereint sind.“ (11)

Bombenangriffe auf medizinische und Bildungseinrichtungen, Wohngebiete und Exekutionen von kurdischen PolitikerInnen, darunter die kurdische Frauenrechtlerin Havrin Khalaf, die Gefangennahme türkischer Kriegskritiker unter dem Vorwand, sie betreiben Terrorpropaganda, das hunderttausendfache neue Flüchtlingsleid, die Traumatisierung auch derer, die in Angst vor Ort ausharren ... – all das wären Gründe genug für ein absolut wasserdichtes Waffenembargo, das Ende der EU-Milliardenzahlungen an die Türkei – etwa im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen und dem Flüchtlingsdeal – und weitere legitime Einwirkungen der Völkergemeinschaft, um den Aggressor zu stoppen. Der Weltsicherheitsrat, in dem Deutschland aktuell Mitglied ist, müsste mindestens ebenso deutlich Position beziehen wie der Westen, wenn es gegen Russland geht.

Zwar schränken jetzt NATO-Partner, auch Deutschland, die Waffenlieferungen an den Aggressor Türkei ein (12). Die allem zugrundeliegende Inkonsequenz ist lächerlich und entlarvt die gesamte NATO-Propaganda als doppelzüngig nach Gutsherrenart.

Die Rolle der NATO – wie die der EU – kommt in ihrer Widersprüchlichkeit ohnehin einem Offenbarungseid gleich. Die Frankfurter Rundschau schrieb dazu am 15. Oktober 2019:

„Es ist (...) geradezu naiv, sich wie Deutschland an eine funktionierende NATO zu klammern, genauso wie an das Konzept einer Schutzmacht USA.“ (13)

Es geht hier mitnichten „nur“ um ein wasserdichtes Waffenembargo gegen die Türkei, um eine sofortige Beendigung der finanziellen Unterstützung des Aggressorstaates, um eine humanitäre Unterstützung der bisherigen Opfer der Gewalt und um eine humane Flüchtlingspolitik entsprechend dem Völkerrecht. Das alles auch, aber es geht hier genauso prioritär um ein Ende der Kriegspolitik von NATO-Staaten und um ein Ende der Unterstützung von Terrorgruppen in den Staaten zwischen der Golfregion und dem Mittelmeer.

Die NATO hat erneut ihre Maske der Friedenssicherung fallen gelassen und damit ihre Legitimation verloren. Die Kriegsexportpolitik und der Waffenhandel der Rüstungskonzerne widerspricht den Lebensinteressen der Menschen in der sogenannten westlichen Hemisphäre wie den der Menschen in den Todeszonen, in denen die Kriegswaffen zum Einsatz kommen.

Und die Eskalationspolitik gegen Russland ist ebenso zu beenden wie die Hochrüstung, die Militarisierung der EU und die immer stärker werdende militärische Interventionspolitik Deutschlands. Kriege enden nicht im Frieden!

Das wird auch in Deutschland Auswirkungen haben, leben hier doch mehr als eine Million kurdischstämmige BürgerInnen, während die Mehrheit der Menschen mit türkischen Wurzeln, die keine Kurden sind, Erdogans Kriegskurs unterstützen.

Wenn die Bundesregierung und die Regierungsparteien sowie breite Teile der Opposition ihre wachsweiße Haltung gegenüber den Verbrechen nicht durch Klarheit ersetzen, wird es umso schwerer, in der Öffentlichkeit für Klarheit und Gewaltfreiheit zu wirken. Es wird schwerer und notwendiger.

Die sogenannte Feuerpause, die die USA und die Türkei am Donnerstag, dem 17. Oktober 2019 vereinbart haben, beinhaltet die Bedingung, dass die kurdischen Kräfte die sogenannte türkische Sicherheitszone innerhalb Syriens verlassen — Wohin? Die Verantwortungslosigkeit auch dieser Vereinbarung greift zurück auf eine Erklärung der Türkei und der USA vom August 2019, dem „Statement on Joint Military Talks Regarding Syria“ (14).

Darin vereinbarten beide Seiten, dass die von der Türkei aufgenommenen syrischen Flüchtlinge in einem „Friedenskorridor“ in Syrien von der Türkei angesiedelt werden. Dieser Völkerrechtsbruch war bereits die Eintrittskarte für die Kriegsverbrechen der Türkei und ihrer Verbündeten.

Die Kurden, die die Hauptlast des Kampfes gegen den IS in der Region getragen haben, sollen demzufolge nach den Palästinensern nächstes Vertreibungsoffer werden. Dieses Volk ist schon jetzt traumatisiert, nicht nur durch die Grauen der Kriegspolitik in der Folge des Überfalls der USA auf den Irak, sondern auch dadurch, dass in vielen Familien mindestens ein Angehöriger zu Tode gekommen ist.

Die Folgen werden die Weltpolitik lange noch beschäftigen, sollte dieses Verbrechen Realität werden. Nun müsste der Weltsicherheitsrat Sanktionen auch gegen NATO-Staaten, vor allem die USA, beschließen, um sie auf den Weg des Rechts zurückzuzwingen. Dann aber wäre die UNO zum Konkurs gezwungen.

Hier geht es auch darum, die letzten Eckpfeiler der internationalen Architektur der Staatenwelt gegen die Militaristen zu verteidigen. Wenn auch sie dem Verfall preisgegeben werden, dann hauen die Militärs der Erde den Menschen die Welt um die Ohren.

Quellen und Anmerkungen:

(1) Münstersche Zeitung, 11. Oktober 2019

(2) https://www.volksfreund.de/nachrichten/themen-des-tages/interview-mit-nahost-experte-michael-lueders-die-folgen-des-syrienkriegs-traegt-europa_aid-5446379

(3) <https://akref.ead.de/akref-nachrichten/2019/10102019-syrien-tuerkische-militaeroffensive-in-syrien/>

(4) Bundestagsdrucksache 17/10619 und: <http://www.imi-online.de/2015/08/06/syrien-wie-luftabwehr-und-voelkerrecht-ausgehebelt-wurden/>

(5) <https://de.indymedia.org/2013/02/341864.shtml>

(6) <http://www.fredsakademiet.dk/library/superpwr.htm>

(7) Ebenda, Seite 3.

(8) https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-lueders-erdogan-provoziert-unabsehbare-krise.694.de.html?dram:article_id=326784

(9) <http://www.bild.de/politik/ausland/wladimir-putin/provoziert-der-russische-praesident-neues-wettruesten-42931256.bild.html>

(10) https://www.japcc.org/wp-content/uploads/JAPCC_Read_Ahead_2019.pdf, Seite 58.

(11) Erdogans schmutzige Krieger, NRZ, 15. Oktober 2019.

(12) Kölnische Rundschau, 12. Oktober 2019.

(13) Das syrische Desaster, Frankfurter Rundschau, 15. Oktober 2019. (14) Siehe: Türkische Aussenpolitik, WOZ, Zürich, 15. August 2019. Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/der-offenbarungseid>

**KLIMASCHUTZ zum Nulltarif,
effektiv und mit
Nachhaltigkeit?
GEBURTENSTOPP JETZT -
weltweit!**

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünftigen Menschen der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread “death rune” which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the “death rune” means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the “death rune”, disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-Interessengruppen, Studien- and Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the “death rune”, which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-“ausartung” and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41(0)52 38513 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41(0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703-3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703-3,

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



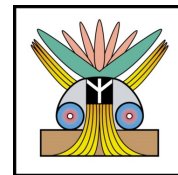
© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz